

**PROJEKT
ZUKUNFT**
#NeueGerechtigkeit

IDEEN FÜR DEUTSCHLANDS ZUKUNFT



IDEEN FÜR DEUTSCHLANDS ZUKUNFT

*Ergebnisse des
»Projekts Zukunft – #NeueGerechtigkeit«
der SPD-Bundestagsfraktion*

INHALT

7
Vorwort

8
Unser Bild von
Deutschlands Zukunft



12
Neue Zeiten
Arbeits- und Lebensmodelle
im Wandel



28
Neue Chancen
Aufstieg durch Bildung
und Arbeit

42
Neue Erfolge
Vorsprung durch
Innovation





CARBALLO - FOTOLIA

58

Neues Miteinander
Einwanderungsland Deutschland



STEK07 - PHOTOCASE

78

Neuer Zusammenhalt
*Gleichwertige Lebensverhältnisse
in Deutschland*



GREYCOAST - PHOTOCASE

94

Neue Lebensqualität
Morgen gut leben

108

Wie es weitergeht

109

Projekte und
Verantwortliche

Fortschritt und Gerechtigkeit



Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland ist ein starkes Land. Wir leben in einer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft. Und auch wirtschaftlich geht es uns so gut wie selten zuvor. Viele Millionen fleißige und gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger tragen mit ihrem Engagement und ihrer Arbeit zu dieser Erfolgsgeschichte bei.

Zugleich leben wir in einer Zeit des Wandels. Globalisierung, Digitalisierung, demografische Veränderungen sowie Bedrohungen unserer inneren und äußeren Sicherheit verlangen nach neuen politischen Lösungen, um Lebensqualität, soziale Gerechtigkeit und ökonomischen Erfolg unter sich verändernden Vorzeichen zu bewahren. Daher richten wir unseren Blick nach vorn. Wir wollen den Wandel aktiv gestalten und dafür sorgen, dass Deutschland ein gerechtes und zukunftsfähiges Land bleibt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb das »Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit« ins Leben gerufen. In sechs Projektgruppen haben wir den Dialog mit all jenen gesucht, die sich um sozialen

Zusammenhalt, wirtschaftlichen Fortschritt und Innovationen kümmern. Unsere Abgeordneten haben zugehört, gelernt und um Lösungen gerungen, zusammen mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis, mit Verbänden, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft, mit jungen Menschen, mit Betroffenen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Ihre Ideen und Lösungsansätze haben wir in unsere Diskussionen aufgenommen.

Herausgekommen sind neue Vorschläge und politische Konzepte, mit denen wir ausgewählten gesellschaftlichen Veränderungen begegnen möchten. Die wichtigsten Ergebnisse stellen wir in dieser Broschüre vor.

Wir gehen mit den Vorschlägen über die Vereinbarungen hinaus, die wir im Koalitionsvertrag getroffen haben. Wir werden die verbleibende Zeit dieser Legislaturperiode nutzen, um mit unseren Forderungen auf den Koalitionspartner zuzugehen und Möglichkeiten zur Umsetzung auszuloten. Wir sind bereit, die nächsten Monate intensiv zu nutzen, um wichtige Zukunftsaufgaben anzupacken und entsprechende Maßnahmen im Deutschen Bundestag zu beschließen.

Und wir sind überzeugt: Die besten Ideen und die kreativsten Lösungen entstehen immer im Dialog. Umso mehr sind wir gespannt auf Ihre Resonanz!

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Thomas Oppermann'.

Thomas Oppermann, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Unser Bild von Deutschlands Zukunft

Gerecht, lebenswert, modern

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Zukunft passiert nicht einfach, sondern wir gestalten sie. So stellen wir uns Deutschlands Zukunft vor.

Gerecht und solidarisch

Alle Menschen in Deutschland haben die Chance auf ein erfolgreiches, selbstbestimmtes Leben, egal, woher sie kommen. Exzellente Bildung und Ausbildung stehen allen offen. Der Lohn ermöglicht ein gutes Leben. Unser Gemeinwesen ist gerecht finanziert, starke Schultern tragen mehr als schwache. Die Schere zwischen Arm und Reich schließt sich. Der Sozialstaat bietet Sicherheit für alle: Er verhindert Krankheit und Armut, wo immer möglich – und ist für diejenigen da, denen es nicht gut geht.

Unser Land hält zusammen. Nord und Süd, West und Ost, Arm und Reich, Alt und Jung, Alteingesessene und Neuhinzugezogene stehen füreinander ein, anstatt sich gegeneinander ausspielen zu lassen. Das gilt auch für Europa. Unser Kontinent hat aus seinen Krisen gelernt und ist in Vielfalt geeint. Die Europäische Union ist demokratischer und sozialer

geworden. Sie begreift die Unterschiedlichkeit im Inneren als Schatz und bringt sich weltweit ein für Frieden, Menschenrechte und sozialen Fortschritt.

Lebenswert und sicher

Wohnen kann sich jeder leisten. Mobilität ist im ganzen Land bezahlbar und verfügbar. Kitas, Schulen und öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Bibliotheken sind hervorragend ausgestattet, in jeder Gemeinde und jedem Wohnbezirk. Schnelles Internet ist in ganz Deutschland der neue Standard. Sicherheit im Alltag ist selbstverständlich, ganz egal, wo man wohnt.

Modern und innovativ

Wir haben Demokratie, Freiheit und Toleranz verteidigt und gestärkt. Vielfalt und Weltoffenheit sind eine Selbstverständlichkeit im ganzen Land. Unsere freiheitliche Lebensweise beeindruckt Menschen aus der ganzen Welt. Die deutsche Zivilgesellschaft ist stärker denn je: engagiert, pluralistisch, demokratisch. Politik, Verwaltung und bür-

gerschaftliche Initiativen stehen in engem Dialog und arbeiten Hand in Hand für eine gute Zukunft. Anstrengungen und Leistung erfahren im gesellschaftlichen Leben eine hohe Wertschätzung, egal, ob sie im Beruf, der Familie oder im Ehrenamt erbracht werden.

Unsere Wirtschaft ist eine der erfolgreichsten der Welt, getragen von hervorragend ausgebildeten, selbstbewussten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Millionen mutigen Selbständigen. Deutschland ist innovativ, hochgradig vernetzt und nachhaltig. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kooperieren noch enger für den gemeinsamen Erfolg. Arbeit ist besser denn je mit Familie, Fürsorge und Engagement vereinbar.



Weichen stellen

Wir haben es in der Hand, unser Land zu gestalten und die Weichen für eine gute Zukunft zu stellen. Die SPD-Bundestagsfraktion steht für eine Politik, die ihre Verantwortung wahrnimmt. Gerade jetzt, wo wirtschaftlicher Wandel, schwere Krisen im Ausland und scharfe politische Auseinandersetzungen Deutschland in Atem halten.

Wir arbeiten dafür, dass es trotz aller Herausforderungen in die richtige Richtung geht.

- Wir wollen Zusammenhalt und Vielfalt stärken – statt das gesellschaftliche Auseinanderdriften zuzulassen.
- Wir wollen faire Ausgangschancen für alle – statt eines Landes, in dem das Elternhaus über die Lebensperspektive eines Kindes entscheidet.
- Wir wollen einen Markt, der unserer Gesellschaft dient – statt einer Gesellschaft, die dem Markt dient.

Auch international stehen wir vor großen Herausforderungen:

- Wir wollen ein Europa, das sich dem Wohl der Menschen verschreibt – statt eines Europas, das sich auf Marktfreiheit beschränkt.
- Wir wollen Friedenspolitik und Dialog – statt Konfrontation und Eskalation.
- Wir wollen die Globalisierung nutzen, um bessere Bildung, Löhne und Arbeitsbedingungen zu etablieren – statt blind den Regeln des Marktes zu vertrauen.

Chancen eröffnen

Die SPD-Bundestagsfraktion vertraut auf die Gestaltungskraft der Politik und will ihre Möglichkeiten selbstbewusst und weitsichtig nutzen. Wir stehen für einen handlungsfähigen und sozialen Staat, der auch in Zeiten des Wandels verlässlich Sicherheit nach innen und nach außen garantiert. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen die gleiche Chance haben, ihr Leben so zu leben, wie sie es wünschen. Wichtige Voraussetzungen hierfür sind gute Bildung und Ausbildung. Die Vielfalt und

Weltoffenheit unserer Gesellschaft machen unser Land stark und lebenswert. Sie sind wichtige Voraussetzungen für eine kreative und innovationsfreudige Wirtschaft.

Wie schon in der Vergangenheit wird sich unsere Fraktion auch künftig für Dialog und Entspannungspolitik einsetzen. Gerechtigkeit fordern wir nicht nur für uns, sondern auch für die nachfolgenden Generationen in Europa und der Welt.

Mit den Vorschlägen, die wir im »Projekt Zukunft« erarbeitet haben, wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland auch morgen gerecht, lebenswert und erfolgreich bleibt.

Politik im Dialog

Kreative Ideen und tragfähige politische Konzepte entstehen am besten im engen Austausch mit Akteuren, die sich auskennen, etwas zu sagen haben und sich einbringen wollen. Im »Projekt Zukunft« haben wir von Beginn an systematisch auf einen solchen Austausch gesetzt. Mit Expertinnen und Experten, die sich wissenschaftlich mit bestimmten Fragestellungen beschäftigen. Mit Menschen aus der Praxis, die über wertvolles Erfahrungswissen aus ihrem beruflichen Kontext verfügen, die wissen, was gebraucht wird, was geht und was nicht funktioniert. Mit Betroffenen, die ihre Alltagserfahrungen in unsere Diskussionen eingebracht haben. Mit politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die uns ihre Ideen, Vorschläge und Kritik geschickt haben. Mit Akteuren aus Ländern und Kommunen, mit Unternehmen, Vereinen, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften.

Im Rahmen unserer Projektarbeit haben wir vielfältige Dialogangebote organisiert:

- In zahlreichen Workshops und Fachkonferenzen im Deutschen Bundestag haben wir uns mit Interessierten über Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze ausgetauscht, unsere Überlegungen zur Diskussion gestellt und gemeinsam neue Ideen entwickelt.
- In einer Reihe von Dialogpapieren haben wir Fragen gestellt und diese an Expertinnen und Experten, an Akteure aus der Praxis, an Verbände und Gewerkschaften verschickt. Die Resonanz auf diesen schriftlichen Anhörungsprozess war enorm und für unsere Meinungsfindung äußerst hilfreich.
- Über die Online-Dialogplattform auf unserer Homepage (www.spdfraktion.de) und über Dialogpostkarten haben uns viele Vorschläge von interessierten Bürgerinnen und Bürgern erreicht, die in unsere Überlegungen eingeflossen sind.
- Im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe »Fraktion vor Ort« haben wir zahlreiche Diskussionsveranstaltungen in ganz Deutschland zu zentralen Fragestellungen der Projektgruppen durchgeführt. Viele Bürgerinnen und Bürger hatten dadurch die Möglichkeit, sich unmittelbar mit ihrer Meinung und ihren Vorschlägen einzubringen.
- Mit dem »Jungen Beirat« haben wir ein begleitendes Beratungsgremium eingerichtet, um die Perspektive der jungen Generation einzubeziehen. 15 junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 25 Jahren haben die Projektarbeit ein Jahr lang begleitet und mit ihren Zukunftsideen bereichert.

Bei allen Dialogpartnerinnen und Dialogpartnern bedanken wir uns sehr herzlich. Ihrer Kreativität und ihrem Engagement ist es maßgeblich zu verdanken, dass wir politische Konzepte entwickeln konnten, die praxistauglich sind und nah dran an der Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Land.

**ARBEITS- UND
LEBENSMODELLE
IM WANDEL**

NEUE ZEITEN

*Wir wollen, dass Beruf und Privatleben
in der Balance bleiben und alle selbst-
bestimmter über ihre Zeit verfügen können.*

Die Lebens- und Erwerbsverläufe in unserer Gesellschaft werden vielfältiger, individueller, weniger geradlinig. Die heutigen Rollenbilder von Frauen und Männern in Beruf und Familie haben die Vorstellungen von einem guten Leben verändert. Gleichzeitig bringen Digitalisierung, Globalisierung und demografische Entwicklung neue Anforderungen mit sich, die es vielen Menschen schwer machen, ihre Vorstellungen umzusetzen. Wir wollen sie dabei unterstützen, Wunsch und Wirklichkeit näher zusammenzubringen.

Wir wollen variablere Arbeitszeitmodelle ermöglichen.

Das gibt den Menschen mehr Zeitsouveränität und zusätzliche Möglichkeiten, ihre ganz persönlichen Vorstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zu persönlichen Aktivitäten und bürgerschaftlichem Engagement auch tatsächlich zu verwirklichen.

Wir wollen die Sorge für Angehörige gezielt unterstützen.

Wir wollen, dass die Sorge für Kinder oder die Pflege von Angehörigen partnerschaftlich geteilt werden können. Die Möglichkeit, selbst für die Nächsten zu sorgen, darf nicht vom Geldbeutel abhängen und ist auch nicht nur Sache eines Geschlechts.

Wir wollen (Solo-)Selbständige sozial besser absichern.

Wir wollen sie bei ihren Beiträgen zur Krankenversicherung entlasten und sie in die Rentenversicherung einbeziehen.

Da stehen wir heute

Lebensläufe und Erwerbsbiografien sind heute deutlich individueller und weniger geradlinig als früher. Das eröffnet neue Chancen, erfordert aber auch neue Anpassungen.

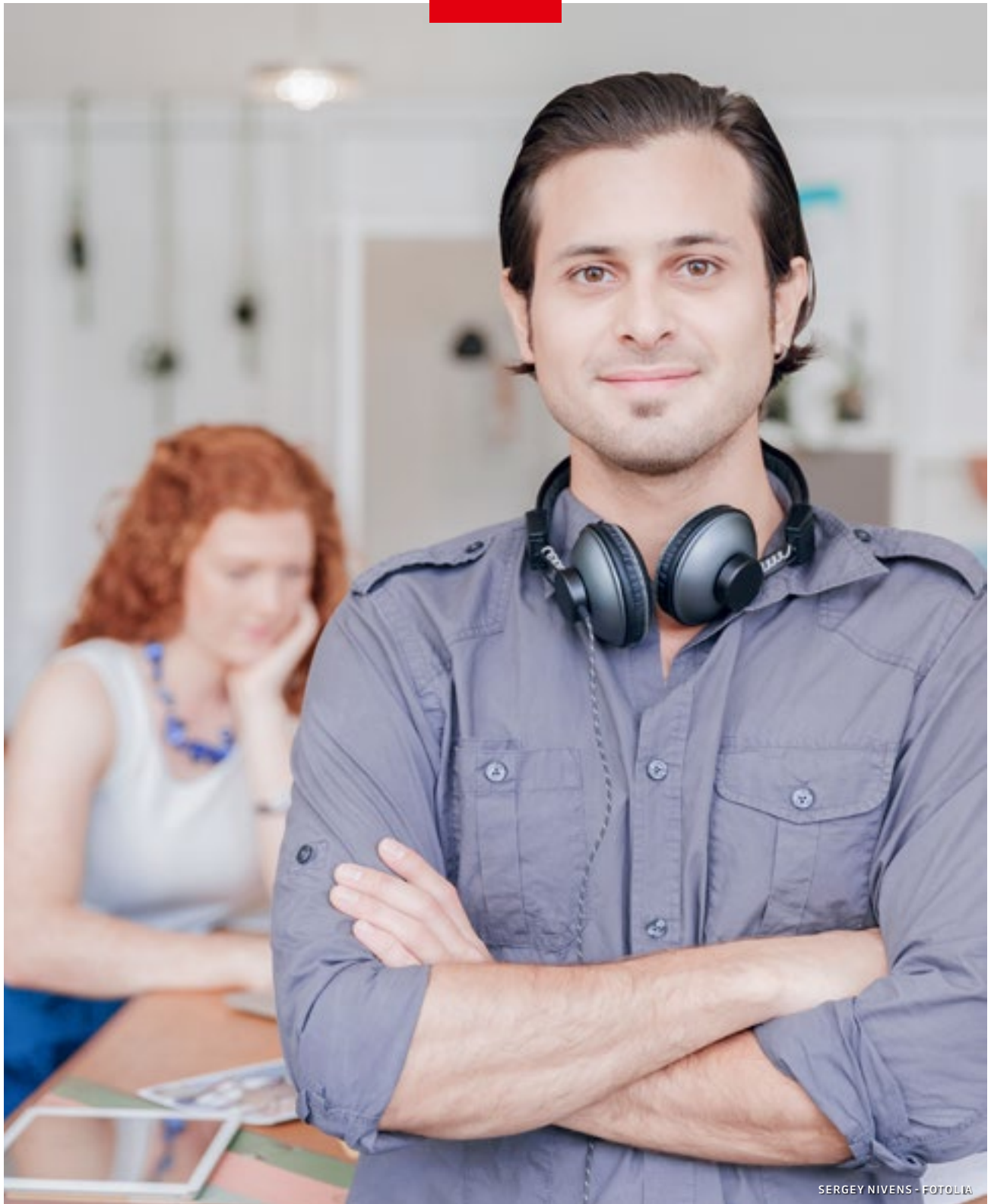
Die Rollenverteilung der Geschlechter in Erwerbsleben und Familie löst sich aus alten Mustern, Paare wollen die Aufgaben partnerschaftlicher teilen. Auch die Intensität von beruflichem, familiärem und bürgerschaftlichem Engagement verändert sich im Laufe eines Arbeitslebens stärker als in vergangenen Jahrzehnten. Das verlangt nach individuellen Lösungen, die sich von Lebensphase zu Lebensphase unterscheiden können.

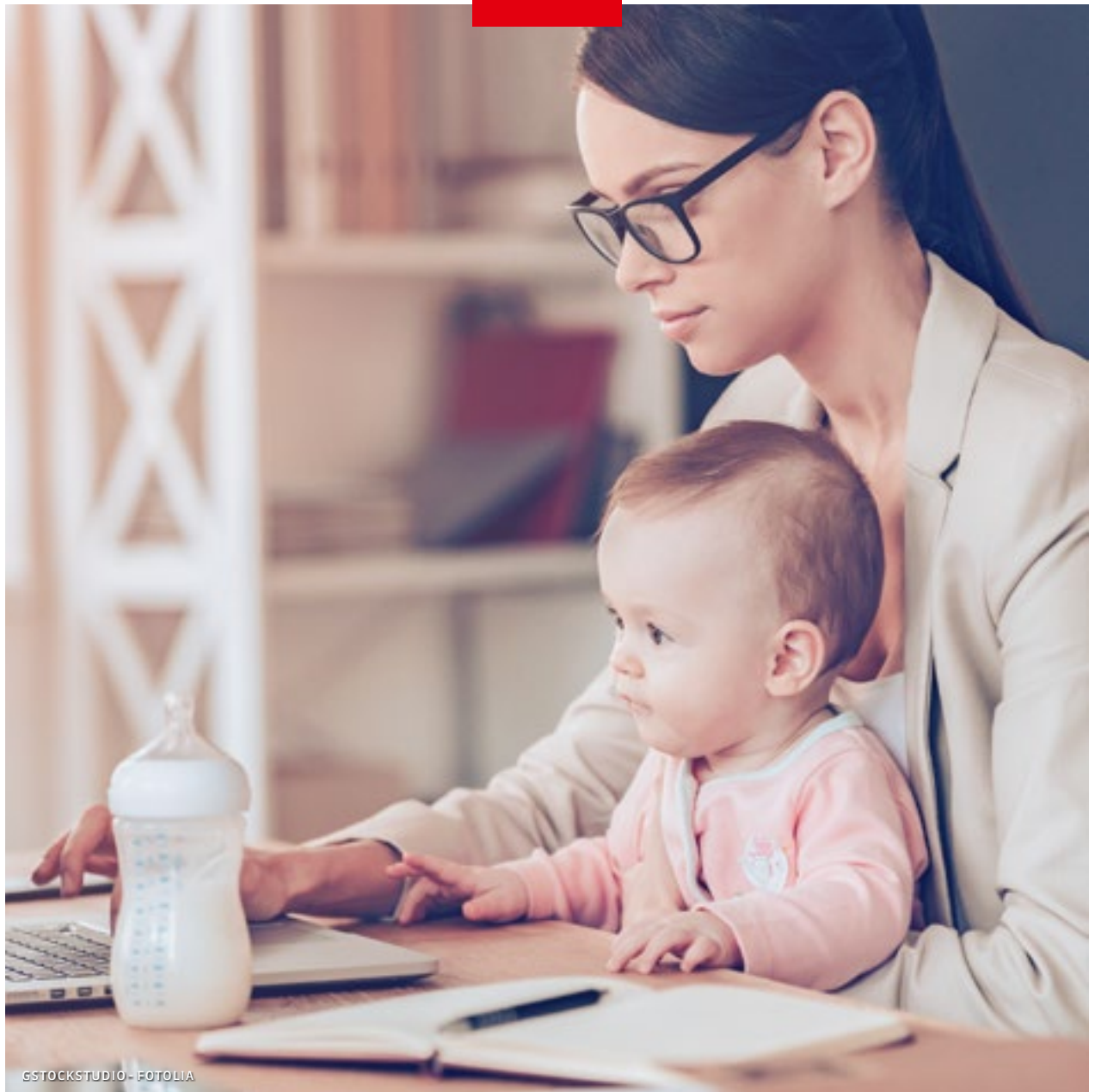
Veränderte Ansprüche an die Aufgabenteilung in Beruf und Familie

Familie und Kinder haben für die Mehrheit der Menschen in Deutschland eine ungebrochen hohe Bedeutung. Stark verändert haben sich hingegen die Vorstellungen davon, wie Erwerbstätigkeit und familiäre Sorge zwischen den Partnern aufgeteilt werden sollten. Befragungen zeigen: Frauen ebenso wie Männer wünschen sich ganz überwiegend eine möglichst gleichmäßige Aufteilung der familiären Sorge, insbesondere der Kinderbetreuung. Gleichzeitig legen beide Partner in der Regel hohen Wert auf eine individuell existenzsichernde Erwerbstätigkeit beider Geschlechter.

Offensichtlich fällt es vielen Eltern aber schwer, diese gewünschte Rollenverteilung praktisch umzusetzen, nachdem das erste Kind geboren ist: Während sich 58 Prozent der Väter gerne mindestens gleichwertig an der Kinderbetreuung beteiligen möchten, setzen nur 26 Prozent diese Absicht auch in die Tat um. 37 Prozent übernehmen stattdessen etwas weniger als die Hälfte, 35 Prozent sogar nur einen kleinen Teil der Kinderbetreuung.

Das führt dazu, dass bei Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland ein erheblicher Unterschied besteht zwischen der von ihnen gewünschten wöchentlichen Arbeitszeit und den tatsächlich geleisteten Wochenarbeitsstunden. Viele teilzeitbeschäftigte Mütter würde gerne mehr arbeiten, während viele vollzeitbeschäftigte Väter ihre Arbeitszeit gerne reduzieren möchten.





Tiefgreifender Wandel der Arbeitswelt

Parallel zu diesen veränderten Wünschen an gelingende Eltern- und Partnerschaft befindet sich unsere Arbeitswelt in einem grundlegenden Wandel: Digitalisierung, Ausgliederungen sowie die Internationalisierung von Fertigungs- und Lieferketten verändern viele Tätigkeiten. Neue Geschäftsmodelle wie etwa die digitale Plattformwirtschaft lassen dabei auch neue Formen der Arbeitsorganisation entstehen.

Im Rahmen dieses Wandels verändern sich auch die Formen von Erwerbstätigkeit: Individuelle Erwerbsbiografien verlaufen weniger linear. Viele Menschen wechseln mehrfach zwischen verschiedenen Erwerbsformen oder üben sie sogar gleichzeitig nebeneinander aus. Dadurch lösen sich bisher klare Abgrenzungen auf, etwa zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit.

In den offener und unübersichtlicher gewordenen Grenzbereichen der traditionellen Erwerbsformen sind zahlreiche neue Formen der Erwerbstätigkeit entstanden. Dies gilt zum Beispiel für die Gruppe der sogenannten Soloselbständigen, also Personen, die eine selbständige Tätigkeit allein ausüben, ohne Angestellte. Viele von ihnen sind durch schlechte soziale Absicherung in einer unsicheren Situation. Denn die bestehenden sozialen Sicherungssysteme erfassen die neuen Formen von Arbeit nur unzureichend.

Lebendige Demokratie braucht Zeit für Engagement

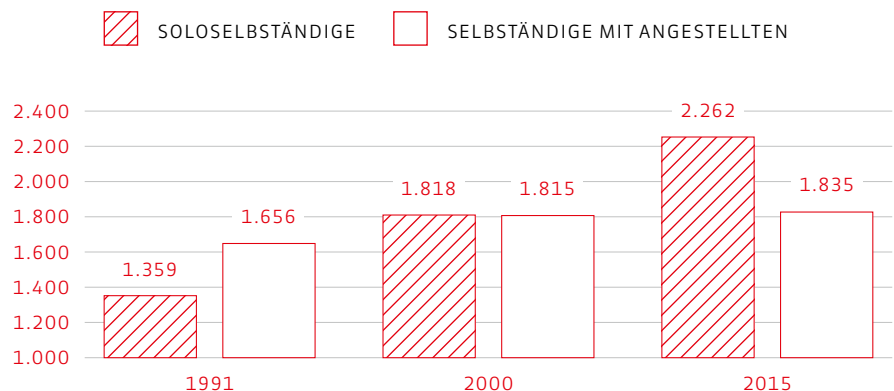
Unsere Demokratie lebt von aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die sich freiwillig engagieren und sich für eine gute, gerechte und solidarische Gesellschaft einsetzen. Zeit für bürgerschaftliches Engagement ist die Voraussetzung für eine intakte Bürgergesellschaft. Diese Zeit ist jedoch ein knappes Gut: Ständig größer werdende Anforderungen an Frauen und Männer in Familie und Beruf sowie zeitlich verdichtete Bildungsgänge an Schulen und Hochschulen erschweren es vielen Menschen, sich kontinuierlich oder in zeitlich größerem Umfang zu engagieren.

Damit sich das ändert, brauchen wir in unserer Gesellschaft **#NeueZeiten**.

Mehr Soloselbständige

Die Zahl der Soloselbständigen in Deutschland ist seit der Wiedervereinigung stark angestiegen. Seit dem Jahr 2000 gibt es mehr Soloselbständige als Selbständige mit Angestellten.

ENTWICKLUNG DER ZAHL DER SELBSTÄNDIGEN
1991/2000/2015 (JEWEILS 1.000 PERSONEN)



QUELLE: EUROSTAT, EIGENE DARSTELLUNG

So wollen wir leben

Alle Menschen sind gegen Lebensrisiken abgesichert und haben die Möglichkeit, die für sie passende Balance zwischen Leben und Arbeiten zu finden.

#NeueZeiten machen Deutschland gerechter und solidarischer

Erwerbsarbeit und familiäre Sorge wird zwischen den Geschlechtern fair geteilt. Im täglichen Leben bedeutet das oftmals: Die Väter beteiligen sich stärker als in vergangenen Jahren an der Erziehung der Kinder, der Pflege kranker Angehöriger oder der täglichen Haushaltsführung. Frauen wiederum haben die Möglichkeit, auch nach der Geburt der Kinder oder trotz eines Pflegefalls in der Familie im gewünschten Umfang weiterzuarbeiten. Dabei erfahren sie Unterstützung durch ihren Partner, aber auch durch einen Staat, der gute Betreuungsangebote für Klein- und Schulkinder bereithält. Beide Elternteile haben Zeit für ihre Kinder, für die Partnerschaft und für sich selbst. Bereits in Schulen und Hochschulen wird gesellschaftliches Engagement gefördert und belohnt. Auch die Betriebe honorieren ehrenamtliche Tätigkeiten. Das stärkt das gesellschaftliche Miteinander. Und unsere Kinder und Jugendlichen reifen zu sozial kompetenten Menschen heran, die sich in vielfältiger Weise für die Gemeinschaft engagieren.

#NeueZeiten machen Deutschland lebenswerter und sicherer

Alle Menschen in Deutschland sind gut und zu fairen Konditionen gegen die großen Lebensrisiken abgesichert. Die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung werden auch für Selbständige einkommensabhängig ermittelt. So können sich Selbständige die Versicherung auch dann noch leisten, wenn die Geschäfte in bestimmten Jahren weniger gut laufen.





HALFPUNKT-FOTOLIA

#NeueZeiten machen Deutschland moderner und innovativer

Variabel gestaltbare Arbeitszeiten sind längst kein Privileg mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit. Die Möglichkeiten, die Arbeitsform Home-Office zu nutzen, werden verbessert, ohne dass dies zu einer dauernden Verfügbarkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führt. Das erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und führt für viele Pendlerinnen und Pendler zu einer erheblichen Zeitersparnis. Der Zugewinn an Unabhängigkeit und Ausgeglichenheit wandelt sich in eine höhere berufliche Produktivität und Innovationskraft um. Die Menschen leben selbstbestimmter und arbeiten kreativer.

Das wollen wir tun

Mit arbeits- und familienpolitischen Maßnahmen wollen wir einen Rahmen für individuell gestaltbare Arbeitszeitkonzepte schaffen. Damit nähern wir uns der Idee einer Wahlarbeitszeit.



KICHIGIN19 - FOTOLIA

Familienfreundliche und partnerschaftlich orientierte Zeitpolitik etablieren

Recht auf befristete Teilzeit einführen: In der Arbeitsmarktpolitik wollen wir das Recht auf befristete Teilzeit einführen. Das ist im Koalitionsvertrag für diese Wahlperiode bereits vereinbart. Jetzt muss die Vereinbarung durch eine Neuregelung im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) endlich umgesetzt werden. Dies ist ein unverzichtbarer Schritt zu mehr Zeitsouveränität und zur Bekämpfung der sogenannten Teilzeitfalle, in die insbesondere Frauen im Anschluss an Phasen familiärer Sorgetätigkeit geraten.



GEBER85 - ISTOCK

Langfrist-Arbeitszeitkonten stärker nutzen: Wir unterstützen eine stärkere Nutzung von Langfrist-Arbeitszeitkonten. Indem Arbeitszeitkonten zu einer Glättung des laufenden Einkommens beitragen, erleichtern sie die Reduzierung und Wiederaufstockung der Arbeitszeit im Lebensverlauf. Außerdem brauchen wir eine Verfahrensregelung zum frühzeitigen innerbetrieblichen Interessenausgleich für den Fall nicht unmittelbar kompatibler individueller Arbeitszeitwünsche.

Home-Office-Regelungen unterstützen: Mithilfe des Home-Office lassen sich lange Pendelzeiten umgehen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Durch gezielte gesetzgeberische Anreize wollen wir deshalb tarifliche bzw. betriebliche Regelungen zur Gestaltung des Home-Office unterstützen. Dabei müssen Aspekte wie die lückenlose Erfassung der geleisteten Arbeitszeit, Ruhe- und Erholungszeiten sowie das Recht auf Nichterreichbarkeit, Arbeitsschutz und Arbeitsplatzgestaltung berücksichtigt werden.

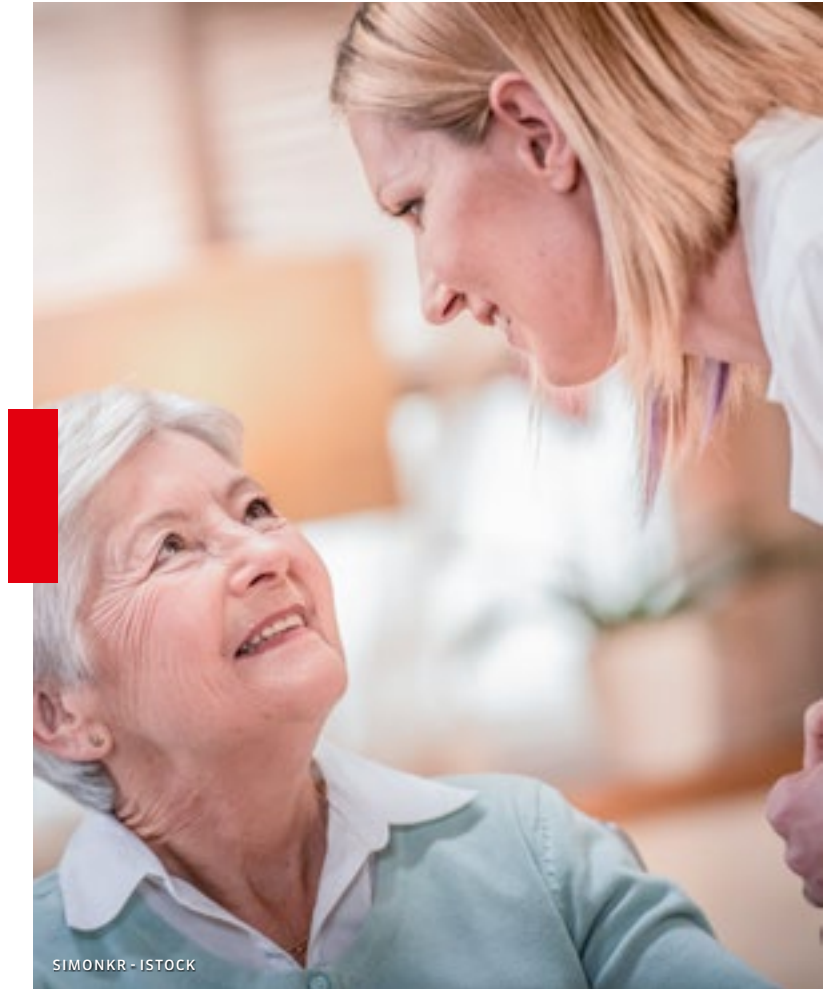
Familienarbeitszeit umsetzen: In der Familienpolitik wollen wir den mit dem Elterngeld und dem ElterngeldPlus eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen. Ein zentrales Element hierzu ist die

Einführung einer finanziell geförderten Familienarbeitszeit, für die Bundesfamilienministerin Schwesig bereits konkrete Eckpunkte entwickelt hat. Danach sollen Eltern, die ein Arbeitszeitmodell mit vollzeitnaher Teilzeit für beide Elternteile wählen, bis zu 24 Monate lang ein Familiengeld von pauschal 300 Euro monatlich erhalten. Durch die Verknüpfung der finanziellen Förderung mit der Wahl einer Wochenarbeitszeit im Bereich der vollzeitnahen Teilzeit bietet die Familienarbeitszeit einen Anreiz zum Einstieg in eine dauerhafte partnerschaftliche Aufgabenteilung in Beruf und familiärer Sorge – auch über die Lebensphase mit kleinen Kindern hinaus. Um die Pflege älterer Angehöriger besser zu unterstützen, haben wir in der SPD-Bundestagsfraktion bereits ein Pflegezeitbudget entwickelt.

Ganztagsangebote ausbauen: Wir wollen überall in Deutschland ausreichend qualitativ hochwertige Betreuungsplätze anbieten mit Öffnungszeiten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Das gilt auch für das Angebot an Ganztagsschulplätzen. Der Schuleintritt der Kinder darf für die Eltern keinen Rückschritt in Sachen Vereinbarkeit bedeuten.

Individuelle Wahlarbeitszeiten ermöglichen: Wir wollen weg von einer für alle einheitlich vorgegebenen Wochenstundenzahl und hin zu einer regelmäßig veränderbaren individuellen Wahlarbeitszeit, die den Bereich der »vollzeitnahen Teilzeit« mit einschließt. Konkrete Wahlarbeitszeitmodelle sollten zwischen den Tarifpartnern vereinbart werden, unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen in der jeweiligen Branche. Dabei wären dann auch Details zu klären, etwa der genaue Umfang des Wahlarbeitszeitkorridors und Vorankündigungsfristen für eine individuelle Veränderung der wöchentlichen Arbeitszeit. In Verbindung mit finanziellen Förderungen in besonderen Lebenssituationen könnte die Wahlarbeitszeit am Ende zu einem gemeinsamen Dach für verschiedene lebensphasenbezogene Arbeitszeitregelungen werden.

Flexible Übergänge erleichtern: Wir wollen die Möglichkeiten flexibler Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand im Sinne einer optimalen Verteilung der Arbeitszeiten im Lebenslauf nochmals erweitern. Hierzu könnte eine Kombination von Teilzeitarbeit und Teilrentenbezug unter gewissen Bedingungen bereits ab einem Alter von 60 Jahren ebenso beitragen wie eine gezielte Unterstützung, um trotz gesundheitlicher Einschränkungen zumindest in Teilzeit weiterhin erwerbstätig sein zu können.



SIMONKR - ISTOCK

Prävention und Rehabilitation stärken:

Ergänzend wollen wir den Menschen dabei helfen, gesund und fit zu bleiben. Um dem demografischen Wandel auch in der Arbeitswelt erfolgreich zu begegnen, müssen wir die »rush hour des Lebens« entzerren. Das kann uns gelingen, wenn wir die Erwerbstätigkeit im Lebensverlauf besser verteilen. Dafür wollen wir Prävention und Rehabilitation stärken sowie flexible Übergänge in die Rente noch besser unterstützen.

Mehr Zeit für Engagement

Freiraum für Engagement schaffen:

Berufstätige brauchen mehr zeitlichen Freiraum für bürgerschaftliches Engagement. Deshalb wollen wir prüfen, ob landesgesetzliche Ansprüche auf Freistellung über den heutigen Rahmen hinaus ausgeweitet werden können. Zudem ermuntern wir Betriebsräte und Unternehmen, Vereinbarungen über die Gewährung von Verfügungstagen für gesellschaftliches Engagement abzuschließen.

Engagementsiegel einführen: Unternehmen, die sich selbst engagieren oder das Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen, wollen wir mit einem Siegel als »Engagementfreundliches Unternehmen« mehr Anerkennung zukommen lassen. Gerade auch kleineren Unternehmen, die sich engagieren wollen, werden wir den Zugang zu lokalen Engagement-Netzwerken erleichtern.

Engagement lehren: Wir wollen Engagement-Projekte in Schulen und Hochschulen sowie in der beruflichen Ausbildung besser fördern. Dafür sollen spezielle Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter ausgebildet werden. Zusätzlicher Anreiz für ein Engagement neben Schule, Studium oder Ausbildung könnte auch eine Verlängerung der BAföG-Förderungshöchstdauer bei nachgewiesenem bürgerschaftlichen Engagement sein. Für Kenntnisse und Fähigkeiten, die im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement erworben wurden, sollten ausbildungs- bzw. berufsrelevante Zertifikate verliehen werden können.



Soziale Absicherung für (Solo-) Selbständige verbessern

Unser Ziel ist es, unsere sozialen Sicherungssysteme fit zu machen für einen grundlegenden Wandel in unserer Arbeitswelt: Selbständige Tätigkeit erfolgt heute viel häufiger als früher im Wechsel mit abhängiger Beschäftigung, teilweise sogar parallel dazu. Gleichzeitig arbeiten viel mehr Selbständige »solo«, also ohne Angestellte. Häufig haben sie nur ein geringes Einkommen. Deshalb wollen wir die Selbständigen in Zukunft möglichst umfassend in die verschiedenen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einbeziehen. Dafür werden wir diese für Selbständige wirtschaftlich attraktiver machen und ihnen den Zugang erleichtern.

Einkommensabhängige Beitragsbemessung in der gesetzlichen Krankenversicherung: In der gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir die Beitragsbemessung für Selbständige analog zu derjenigen für abhängig Beschäftigte einkommensabhängig ausgestalten und die Mindestbeiträge entsprechend absenken.



Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung einführen: Wir wollen für Selbständige in Zukunft eine Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung. Ausnahmen gelten für Selbständige, die Mitglied in einem bestehenden Versorgungswerk sind oder werden können. Für alle heute bereits selbständig Tätigen wollen wir eine großzügige Übergangsregelung, die sich an Altersgrenzen und dem Umfang der bereits geleisteten Vorsorge orientiert. Die zusätzlichen Einnahmen aus der Einbeziehung der Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir zunächst für den Ausbau der Nachhaltigkeitsreserve zu einer echten Demografiereserve nutzen.

Einkommensbezogene Beiträge zur Arbeitslosenversicherung einführen: Bei Selbständigen, die in der Arbeitslosenversicherung weiterversichert sind, sollen künftig einkommensbezogene Beiträge erhoben werden. Die Leistungsbemessung nach Qualifikationsklassen wollen wir durch eine ebenfalls beitrags- und damit einkommensbezogene Leistungsgewährung im Falle von Arbeitslosigkeit ersetzen.

***#NeueGerechtigkeit** bedeutet für uns, dass alle – Frauen und Männer, Selbständige und abhängig Beschäftigte – die Möglichkeit haben, ihre individuellen Vorstellungen von Familie und Beruf sowie privatem und bürgerschaftlichem Engagement besser zu verwirklichen.*

Positionspapiere

Zeit für Engagement

(September 2016)

Neue Zeiten in der Arbeitswelt – soziale Absicherung für (Solo-)Selbständige verbessern

(Oktober 2016)

Künftige Schritte einer nachhaltigen, partnerschaftlich orientierten und familienfreundlichen (Arbeits-)Zeitpolitik

(November 2016)

Download unter
www.spdfraktion.de/neuezeiten

IM DIALOG



Zeitpolitik gemeinsam gestalten

Unser Projekt drehte sich um die Frage, wie wir die Menschen dabei unterstützen können, ihr Arbeits- und ihr Privatleben nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen zu gestalten. Die Antworten darauf haben wir in einem durchgängigen Dialogprozess diskutiert und erarbeitet. Im Eröffnungsworkshop im September 2015 haben wir das Generalthema »Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel« mit gut 70 interessierten Gästen breit und kontrovers diskutiert. Neben konkreten Vorschlägen für eine bessere Unterstützung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie in Deutschland kamen auch skeptische Positionen zur politischen Gestaltbarkeit dieses Wandels (Stichwort »Vereinbarkeitslüge«) zu Wort. Auch praktische Erfahrungen aus dem Ausland – namentlich aus Schweden, einem Land mit Vorbildfunktion in Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf – spielten eine Rolle. Zeitgleich mit dem Eröffnungsworkshop starteten wir den (Online-)Bürgerdialog, in dem Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen und Anregungen an uns richten konnten.

In der ersten Projektphase im zweiten Halbjahr 2015 haben wir in jeder Sitzungswoche des Bundestages externe Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verbänden, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft sowie Selbständige und Unternehmensgründerinnen und -gründer eingeladen und mit ihnen jeweils konkrete Fragestellungen zu unseren Schwer-

punktthemen diskutiert. Die Ergebnisse dieser Expertengespräche haben wir dann Anfang 2016 in drei Dialogpapieren gebündelt, in denen wir – zum Teil noch alternative – Vorschläge zu den einzelnen Themen vorgestellt haben.

Diese Vorschläge haben wir anschließend erneut zur Diskussion gestellt. In zwei Dialogforen – zu den Themen »Soziale Sicherung von (Solo-)Selbständigen« und »Zeit für Engagement« – haben jeweils rund 30–40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an parallelen »Thementischen« einzelne Aspekte der Dialogpapiere vertieft sowie offene Fragen und Alternativen abgewogen. Die Vorschläge zum Thema (Arbeits-)Zeitpolitik haben wir in einem Workshop im Rahmen einer Betriebs- und Personalrätekonferenz der Fraktion mit großer Intensität behandelt und große Resonanz der Beteiligten erhalten. Schließlich haben wir letzte offene Fragen und Themenstränge in weiteren Expertengesprächen zu klären versucht.

Für uns ist klar, dass wir mit den Ergebnissen unseres Projektes noch nicht am Ende des Dialogprozesses sind. Ganz bewusst wollen wir den Blick weiter nach vorn richten. Die Suche nach konkreten Lösungen für unterschiedliche Arbeitszeitinteressen in den Betrieben hat schließlich gerade erst begonnen. Auch Themen, die wir im Rahmen der Projektarbeit noch nicht bearbeiten konnten – etwa die Frage nach »guter Arbeit« von Soloselbständigen im Haushalts- bzw. haushaltsnahen Bereich –, wollen wir in Zukunft genauer betrachten.

»Zeitpolitik ist ein wichtiges Handlungsfeld auch für Alleinerziehende. Regelungen und Leistungen auf ein Leitbild von »Earning Carern« auszurichten, ist auch unserer Auffassung nach richtig: Frauen und Männer haben Fürsorgepflichten und sind dabei erwerbstätig, in einem existenzsichernden Umfang.«

Miriam Hoheisel, Bundesgeschäftsführerin
Verband alleinerziehender Mütter und Väter,
Bundesverband e.V. (VAMV)

»Für Selbständige ist die SPD-Bundestagsfraktion ja nicht unbedingt der erste politische Ansprechpartner. Aber seit ich im Projekt Zukunft mitmache, muss ich ehrlich sagen, dass ich schon mehr Sympathie gewonnen habe.«

Victoria Schütz, Gründerin, Teilnehmerin am
Expertengespräch und Dialogforum zum Thema
(Solo-)Selbständige

**AUFSTIEG DURCH
BILDUNG UND ARBEIT**

NEUE CHANCEN

*Wir wollen unser Bildungssystem gerechter
machen und Leistung und Talente ein Leben
lang besser fördern.*

Das sozialdemokratische Versprechen, durch Bildung gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg zu erreichen, braucht neue Impulse. Wir wollen allen Menschen gleiche Chancen und individuelle Möglichkeiten zur Entfaltung geben – und das in jeder Lebenssituation. Deswegen setzen wir uns für ein gerechteres Bildungssystem ein.

Wir wollen Kitas bis 2025 für alle Kinder ab einem Jahr beitragsfrei machen.

Außerdem wollen wir hohe Qualitätsstandards für Kitas durchsetzen. Der Erzieherberuf muss attraktiver werden, um die menschlich und fachlich Besten für das Berufsfeld zu gewinnen. So schaffen wir gleiche Chancen beim Start in das Leben.

Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen.

Zugleich wollen wir die berufliche Ausbildung qualitativ stärken und die Hochschulen für beruflich Qualifizierte öffnen. So erhalten alle jungen Menschen die Chancen zum Einstieg ins Erwerbsleben und zu einem beruflichen Aufstieg.

Wir wollen eine »Kultur neuer Chancen« etablieren.

Erwachsene ohne Schul- oder Ausbildungsabschluss müssen die Möglichkeit haben, diesen nachzuholen. Wir wollen allen ermöglichen, digitale Grundkenntnisse zu erwerben. So profitieren alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von wirtschaftlichem Fortschritt und digitalem Wandel.



Da stehen wir heute

Noch immer entscheidet die soziale Herkunft über Zukunftschancen. Statt von Talent und Leistung hängt der Bildungserfolg vom Geldbeutel der Eltern ab.

Die Bildungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion ist eine Erfolgsgeschichte: Mit der Einführung des BAföG und der Förderung von Fachhochschulen haben wir in den 1970er Jahren akademische Bildungswege für Arbeiterkinder geöffnet. Mit Investitionen in Ganztagschulen haben wir längeres gemeinsames Lernen ermöglicht und wirken einer sozialen Spaltung entgegen. Mit dem Ausbau von Krippen und Kitas legen wir die Grundlagen, damit Kinder zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten heranwachsen. Auf diese Weise haben wir das deutsche Bildungssystem Schritt für Schritt gerechter gemacht.

Doch wir sind noch nicht am Ziel. Soziale Herkunft, Bildungshintergrund und Geschlecht entscheiden immer noch stärker über den Bildungserfolg als individuelle Leistung und Talent. Auch fordern uns neue Trends wie Globalisierung, Digitalisierung, Flexibilisierung und Einwanderung heraus. Wir brauchen deshalb neue Wege, um das sozialdemokratische Versprechen zu verwirklichen, durch gleiche Bildungschancen gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Aufstieg zu erreichen.

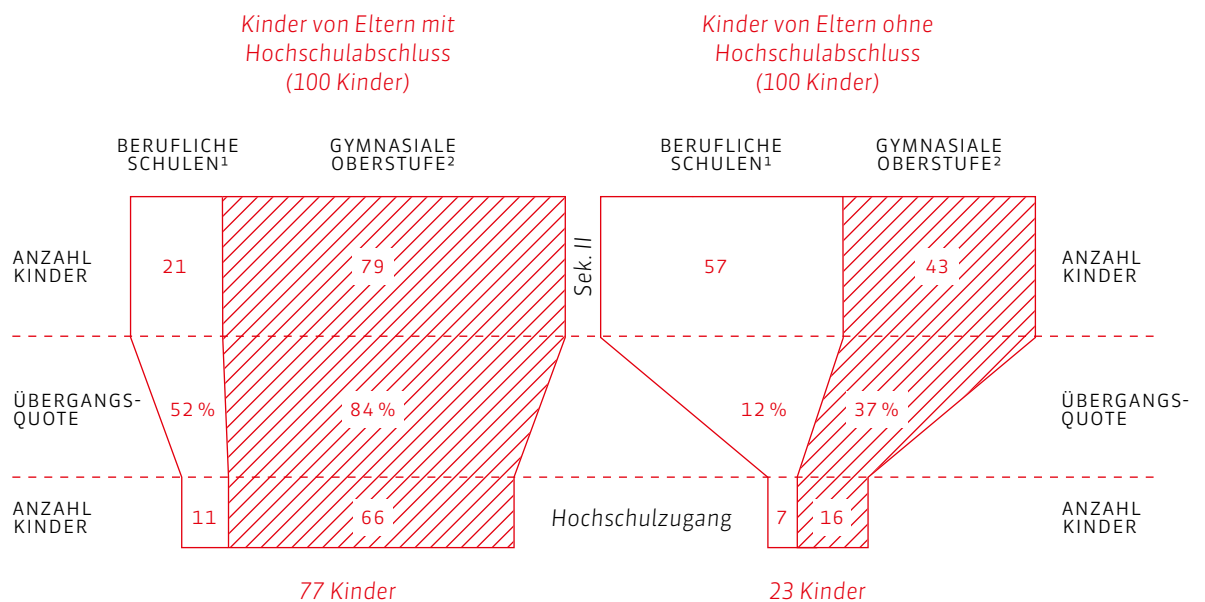
Gerade an den Übergängen im Bildungssystem kommen soziale Ungleichheiten zum Tragen: Die frühkindliche Bildung ist auch durch die Politik der SPD-Bundestagsfraktion heute ein relevanter Bildungsbereich. Doch wir müssen weiter daran arbeiten, die herkunftsbedingten Benachteiligungen noch besser auszugleichen.



Herkunft entscheidet über Zukunft

Bildungskarriere der Kinder von Eltern mit und ohne Hochschulabschluss im Vergleich (2009)

Die Chancen auf ein Hochschulstudium sind für Kinder von Eltern mit Hochschulabschluss deutlich größer als für Kinder, deren Eltern nicht studiert haben. So entscheidet die soziale Herkunft noch immer über die Lebenswege junger Menschen.



¹ FACHOBERSCHULE, BERUFSOBERSCHULE, TECHNISCHE OBERSCHULE, BERUFS(FACH)-SCHULE, FACHAKADEMIE (BAYERN), BERUFSAKADEMIE, SCHULE DES GESUNDHEITSWESENS, BERUFSVORBEREITUNGSJAHR, BERUFSGRUNDBILDUNGSJAHR.

² ALLGEMEINBILDENDE GYMNASIEN, GESAMTSCHULEN, FACHGYMNASIEN.

Nach der Schule den Weg in die Erwerbsarbeit zu finden, ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Doch allein im vergangenen Ausbildungsjahr konnten rund 80.000 Jugendliche, die eine Ausbildung beginnen wollten, nicht vermittelt werden.

Unsere hochwertige, praxisnahe Berufsausbildung und unsere Hochschulen werden international sehr geschätzt. Doch obwohl Menschen und Betriebe dies wünschen, sind beide Bildungswege bislang nur bruchstückhaft miteinander verbunden. Die wachsende Bedeutung von Weiterbildung ist mittlerweile eine Binsenweisheit. Trotzdem haben fast zwei Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter keinen Schulabschluss, trotzdem hat berufsbegleitende Qualifizierung nach wie vor einen zu geringen Stellenwert.

Uns geht es um jeden einzelnen Menschen in jeder Lebenslage. Wir wollen vorhandene Potenziale bestmöglich nutzen und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Wir wollen, dass Übergänge keine Bruchstellen sind, sondern solide Brücken werden. Wir wollen ein Bildungssystem, das unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen ausgleicht, Eingewanderte integriert, Leistung würdigt und sozialen Aufstieg ermöglicht. Dafür brauchen wir in unserem Land **#NeueChancen**.





So wollen wir leben

Jedes Kind hat die gleichen Chancen auf gute Bildung. Über beruflichen Erfolg entscheidet die individuelle Leistung, nicht die soziale Herkunft.

#NeueChancen machen Deutschland gerechter und solidarischer

Wir haben eine Gesellschaft vor Augen, die die vielfältigen Chancen nutzt, die uns die frühkindliche Bildung bietet: Durch attraktive Arbeitsbedingungen gewinnen wir die menschlich und fachlich Besten für den Erzieherberuf. Sie bringen mit Spiel und Motivation die Talente der Kinder zur Entfaltung. Weil ein flächendeckendes Angebot an Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege den Betreuungsbedarf jeder Familie abdeckt, haben alle Kinder Zugang zu früh-

kindlicher Bildung. Die Angebote der Kindertagesbetreuung erfüllen bundesweit hohe Qualitätsansprüche. Durch individuelle Förderung gelingt es, allen Kindern die Grundlagen zu geben, damit sie zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten heranwachsen können. Zugleich unterstützen die Kitas die Erziehung und Bildung in der Familie. Sie sind zentraler Bestandteil eines starken sozialen Netzwerks, das Familien beratend zur Seite steht. Stabile Übergänge von der Schule in den Beruf sorgen dafür, dass niemand verloren geht: Die Wahl der Ausbildung oder des Studiums ist eine Weichenstellung. Dank kompetenter Be-

ratungsstrukturen können junge Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die für sie richtige Entscheidung treffen. Dabei ist die duale Ausbildung eine ebenso gute Option wie ein Studium. Die duale Ausbildung ist nicht nur der Garant für unseren Fachkräftenachwuchs. Vielmehr bietet sie gerade auch sozial benachteiligten Menschen wichtige Teilhabechancen. Nach der ersten Weichenstellung eröffnen sich vielfältige Möglichkeiten. Junge Menschen können aus den Angeboten der akademischen wie der beruflichen Bildung wählen oder einen Ausbildungsweg einschlagen, der beide Bildungsbereiche verbindet. Berufliche und akademische Bildung wertschätzen einander, ermöglichen wechselseitige Übergänge und bedienen damit die verschiedensten individuellen Bedürfnisse. Dank einer Kultur neuer Chancen haben alle Menschen Zugang zu guter Allgemeinbildung sowie zu einer beruflichen und akademischen Ausbildung, egal, wie alt sie sind. Qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebote, kompetente Beratung zur beruflichen Orientierung und bedarfsgerechte Finanzierungsmodelle ermöglichen Qualifizierungsphasen ein Erwerbsleben lang.

#NeueChancen machen Deutschland lebenswerter und sicherer

Wir haben eine Gesellschaft vor Augen, in der die Menschen sich ihre kindliche Neugier bewahren und ein Leben lang die Möglichkeit haben, sich weiterzuentwickeln. Frühkindliche Bildung eröffnet Kleinkindern neue Lern- und Erfahrungswelten und bereitet sie auf ein erfolgreiches Leben vor. Solide Brücken von der Schule in die Arbeitswelt

sorgen dafür, dass jede und jeder Einzelne Freude daran hat, die eigenen Talente dort einzubringen, wo die eigenen Stärken liegen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie einen akademischen, einen beruflichen oder einen dualen Ausbildungsweg einschlagen, weil die gesellschaftliche Wertschätzung für alle Wege hoch ist. Dank eines ausgezeichneten Weiterbildungsbereichs sind alle Menschen zuversichtlich, gut durch das Erwerbsleben zu kommen und gesund alt zu werden. Zugleich gibt lebenslanges Lernen ihnen die Freiheit, die eigenen Fähigkeiten immer wieder neu zu entdecken.

#NeueChancen machen Deutschland moderner und innovativer

Wir haben eine Gesellschaft vor Augen, die für ihre Kreativität und ihre Weltoffenheit bewundert wird. Gleiche Bildungschancen schaffen nicht nur individuelle Teilhabe. Sie sind auch Garant für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Eine Gesellschaft, die passende Bildungsangebote für alle Lebenslagen hat, kennt keine Geringqualifizierten. Verteilungskämpfe im Niedriglohnsektor sind ihr fremd. Das schafft auch mehr Akzeptanz für die Integration Eingewanderter. Die Wirtschaft – und mit ihr der Arbeitsmarkt – profitiert, weil Bildungsgerechtigkeit bisher verhinderte Potenziale erschließt und Kreativität freisetzt. Das sind die Voraussetzungen für Innovation und Fortschritt.



JACOB LUND - FOTOLIA





Das wollen wir tun

Wir wollen neue Einstiegschancen durch frühkindliche Bildung, neue Aufstiegschancen beim Wechsel von der Schule ins Arbeitsleben und neue Chancen durch Weiterbildung.

Frühkindliche Bildung verbessern

Erzieherinnen und Erzieher wertschätzen: Wir fordern eine »Bund-Länder-Fachkräfteoffensive«, um das Berufsfeld der Erzieherinnen und Erzieher attraktiver zu machen. Wir wollen die Qualität der Ausbildung weiter verbessern und Auszubildende anständig vergüten. Wir möchten Erzieherinnen und Erzieher gut bezahlen, ihrem Wunsch nach besseren Möglichkeiten zur Vollzeitbeschäftigung entsprechen und ihre beruflichen Aufstiegswege verbessern. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zum frühkindlichen Lernen sollen konkret in die Arbeit der Kitas einfließen.

Beitragsfreie Ganztags-Kitas ausbauen: Wir haben einen »Masterplan Kindertagesbetreuung 2025« entwickelt. Alle Kinder ab einem Jahr sollen demnach von 2025 an einen Rechtsanspruch auf beitragsfreie Betreuung in einer Ganztags-Kita haben.

Betreuungsqualität verbessern: Bis zum Jahr 2025 sollen alle Kitas in Deutschland dieselben hohen Qualitätsstandards erfüllen. Das betrifft etwa die Fachkräfte-Kind-Relation, die Gesundheitsförderung oder die räumliche Gestaltung. Außerdem möchten wir Kitas noch stärker mit anderen Angeboten für Familien verbinden. Mit starken Strukturen der Familien- und Bildungszentren wollen wir Familien ein »soziales Netz« und Beratung »aus einer Hand« bieten.

gehören berufsbezogene Studienprogramme, die nur beruflich Qualifizierten offenstehen, und hochwertige duale Studiengänge. Regionale Netzwerke aus Politik, Hochschulen und Sozialpartnern sollen vor Ort reibungslose Übergänge herstellen.

Weiterbildung stärken

Aufstiegschancen schaffen

Ausbildungsgarantie einführen: Wir wollen neue Aufstiegschancen schaffen, indem wir allen Jugendlichen, die noch keinen Ausbildungsplatz haben oder sich im Übergangssystem befinden, einen Weg in Ausbildung garantieren. Auch für junge Geflüchtete ist die Ausbildungsgarantie ein wichtiger Schritt zur Integration. Zugleich sollen alle, die eine Ausbildung beginnen, sie auch erfolgreich abschließen können. Die assistierte Ausbildung und niedrigschwellige Angebote der Begleitung helfen dabei. Für mehr Ausbildungserfolg wollen wir diese Instrumente noch intensiver nutzen.

Ausbildungsqualität verbessern: Wir wollen die berufliche Ausbildung stärken und eine hohe Qualität gewährleisten. Weil Ausbildung nicht unter Wert verkauft werden darf, sollen Auszubildende eine Mindestausbildungsvergütung erhalten. Ausbildungsbetriebe sollen unabhängig zertifiziert werden, um die Qualität am Lernort Betrieb zu verbessern. Den Lernort berufsbildende Schule wollen wir mit einem Berufsschulpakt auf die Höhe der Zeit bringen.

Gleiche Chancen in Ausbildung und Studium:

Durch eine umfassende und ergebnisoffene Berufs- und Studienberatung möchten wir junge Menschen befähigen, die für sie richtigen Bildungsentscheidungen zu treffen. Wer sich für eine Ausbildung und gegen ein Studium entscheidet, soll ebenso gute Anschlüsse bekommen. Deswegen bauen wir die Aufstiegsfortbildung beruflich Qualifizierter zu einer höheren Berufsbildung aus. Mit einem Bundesprogramm »HochschuleBerufBildung« wollen wir beruflich Qualifizierten passgenaue Einstiege in akademische Bildung ermöglichen. Dazu

Nachholen des Schul- oder Berufsabschlusses ermöglichen:

Mit einer »Kultur neuer Chancen« möchten wir allen ermöglichen, unabhängig vom Alter Schulabschlüsse nachzuholen, eine Erstausbildung oder ein Erststudium zu absolvieren und digitale Grundkompetenzen zu erwerben. Wir wollen eine flächendeckende Grundversorgung bereitstellen, um digitales Rüstzeug zu vermitteln und nachholenden Schulunterricht anzubieten. Der Schulunterricht soll in Vollzeit, berufsbegleitend am Abend oder tagsüber neben familiären Verpflichtungen möglich sein. Für das Nachholen beruflicher Abschlüsse wollen wir die Ausbildung altersgerecht öffnen. Maßnahmen im Rahmen der »Kultur neuer Chancen« sollen grundsätzlich kostenlos sein.



PESHKOVA - FOTOLIA



Weiterbildungsangebote transparenter machen:

Wir möchten die Arbeitswelt der Zukunft so gestalten, dass alle Menschen lange beschäftigungsfähig bleiben und beruflich aufsteigen können. Wir schlagen deswegen vor, die Entwicklung zur Industrie 4.0 mit einer »Qualifizierung 4.0« zu flankieren. Wir wollen den Weiterbildungsdschungel beenden und Weiterbildung durch hohe Qualitätsstandards zu einem leistungsfähigen und transparenten Bildungsbereich entwickeln. Alle Erwerbspersonen sollen bis 2020 einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose und hochwertige Weiterbildungsberatung inklusive einer Kompetenzerfassung haben.

Präventiv in Weiterbildung investieren: Gelegentliche Phasen der Qualifizierung während des Erwerbslebens werden selbstverständlich. Einer Arbeitslosigkeit kann so häufig vorgebeugt werden. Deswegen darf berufsbezogene Weiterbildung nicht am Geld scheitern. Wir wollen daher die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung entwickeln. Mit den Beiträgen wollen wir nicht nur Arbeitslose fördern, sondern auch Qualifizierungen finanzieren. Zugleich ermuntern wir Arbeitgeber und Gewerkschaften, auf tariflichem Weg Weiterbildungsfonds einzuführen.

#NeueGerechtigkeit bedeutet für uns, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Potenziale zu entfalten und ihr Leben selbstbestimmt zu führen.

Positionspapiere

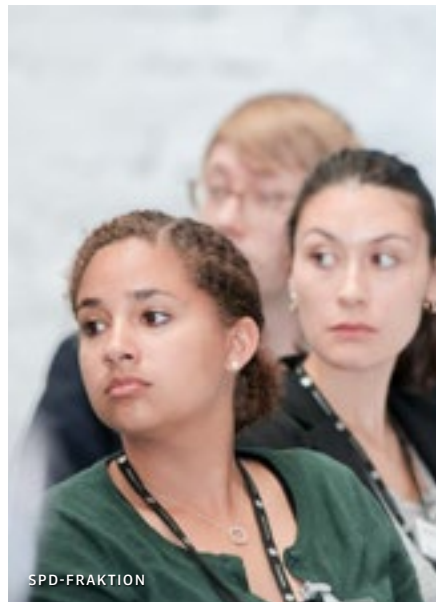
Neue Einstiegschancen: Mit früher Bildung gut ins Leben starten
(September 2016)

Qualifizierung 4.0 – Neue Chancen durch Weiterbildung
(November 2016)

Neue Aufstiegschancen: Berufliche und akademische Bildung gleich wertschätzen – Einstieg und Aufstieg für beruflich Qualifizierte ermöglichen
(September 2016)

Download unter
www.spdfraktion.de/neuechancen

IM DIALOG



Politik für unterschiedliche Lebenslagen

Wir gestalten die Zukunft unserer Gesellschaft gemeinsam mit den Menschen. Deswegen haben wir mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert, vor welchen Herausforderungen unser Bildungssystem steht. Dieser Dialog hat uns weiter dafür sensibilisiert, wie unterschiedlich die Lebenslagen der Menschen sind, für die wir passende Bildungsangebote bieten müssen.

Wir haben mit Expertinnen und Experten beratschlagt, wie wir unser Bildungssystem zukunftsfest machen. Die Fachkenntnis unserer Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner aus der Arbeitswelt, der Wissenschaft und vor Ort aus der Praxis schlägt sich in unseren Forderungen nieder. Durch den Bürgerdialog und den Expertendialog sind unsere Zukunftskonzepte für #NeueChancen nah am Puls der Zeit.

In unserem Bürgerdialog wurde deutlich, dass Bildung kostenlos sein soll – von der Kita bis zur Hochschule. Wenig Verständnis zeigen die Bürgerinnen und Bürger für die großen Unterschiede zwischen den Bildungssystemen der Bundesländer. Positiv beurteilen sie hingegen die Gestaltungskraft,

die die Bundespolitik beim Ausbau der Kitas und der Ganztagschulen zeigte. Durch diese Rückmeldungen fühlen wir uns als SPD-Bundestagsfraktion bestärkt, auch in Zukunft wichtige Bildungsprojekte in Angriff zu nehmen und dabei mit den Ländern zusammenzuarbeiten.

An unseren Zukunftskonzepten haben viele Fachleute mitgewirkt, mit denen wir seit Langem für ein gerechtes Bildungssystem arbeiten. Der Expertendialog brachte uns jedoch auch in Kontakt mit neuen Bündnispartnern: innovative Bildungsprogramme, die aus privatem Engagement entstanden sind und Bildung konkret im Alltag besser machen. Zum Beispiel, indem sie benachteiligte Kinder und Jugendliche wirksam fördern und zu einer demokratischen Entwicklung in Kitas und Schulen beitragen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für ihr Wirken verbessern. Und wir möchten auch künftig mit ihnen zusammenarbeiten für ein Bildungssystem, das allen Menschen individuelle Entfaltungsmöglichkeiten gibt.

»Über 6.000 Ehrenamtliche unterstützen bei ArbeiterKind.de junge Menschen, die als Erste in ihrer Familie studieren. Wir und andere innovative Bildungsinitiativen würden gerne noch erfolgreicher zur Chancengleichheit im Bildungssystem beitragen. Durch das Projekt #NeueChancen gewannen wir dafür an politischem Rückhalt.«

Katja Urbatsch, Gründerin und Geschäftsführerin von ArbeiterKind.de

»Gute Bildung ist eine wesentliche Grundlage für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Für den DGB ist es selbstverständlich, seine bildungspolitischen Positionen konstruktiv in die politischen Prozesse einzubringen. Dies haben wir auch im Projekt #NeueChancen der SPD-Bundestagsfraktion gemacht. Wir wollen ein modernes Bildungssystem, das soziale Hürden abbaut und den Menschen in ihrem ganzen Leben Bildungschancen öffnet.«

Matthias Anbuhl, Leiter der Abteilung Bildungspolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)

**VORSPRUNG DURCH
INNOVATION**

NEUE ERFOLGE

*Wir wollen neue Ideen stärker
fördern, die Rahmenbedingungen für
Innovationen verbessern und eine neue
»Gründerzeit« schaffen.*

Innovationen sollen den Menschen dienen sowie Gesellschaft und Wirtschaft voranbringen. Die Politik muss dafür die Voraussetzungen schaffen und kluge Ideen fördern. Wir wollen dabei den Menschen ins Zentrum stellen und gezielte Veränderungen in unserer Innovationspolitik vornehmen.

Wir wollen soziale Innovationen genauso fördern wie technische Neuerungen.

Denn auch neue Geschäftsmodelle, Verfahren und Lösungsstrategien können dem Wohl der Menschen dienen – und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen, von der Wirtschaft über das Arbeitsleben bis hin zum Umweltschutz.

Wir wollen Gründungen besser unterstützen und eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einführen.

Wir setzen auf die Innovationskraft von Startups und kleinen und mittleren Unternehmen. Hierfür müssen wir diese Unternehmen stärker und unbürokratisch fördern. Dazu gehört die steuerliche Forschungsförderung.

Wir wollen mehr Geld in Forschung und Entwicklung investieren.

Um auch weiterhin ein innovatives Land zu sein, wollen wir im Jahr 2025 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung bereitstellen. Denn mehr Mittel für Innovationen bringen mehr Arbeitsplätze, mehr Wohlstand und mehr Steuereinnahmen.

Da stehen wir heute

Im Unterschied zu großen Konzernen investieren kleine und mittlere Unternehmen zu wenig in Innovationen. Im internationalen Wettbewerb kann Deutschland rasch den Anschluss verlieren.

Deutschland ist innovativ. Es zählt weltweit zu den Innovationsführern. Wir haben leistungsfähige Unternehmen, hervorragende Forschungseinrichtungen, gute Hochschulen und eine starke Fachkräftebasis. Deutschland ist gut aufgestellt, doch verschiedene Schwachstellen des Innovationssystems geben Anlass zur Sorge.

Innovationen sind in einer Wissensgesellschaft Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften und damit für steigenden Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt. Kommt der Innovationsmotor Deutschland ins Stottern, kann unser Land im globalen Wettbewerb sehr schnell ins Hintertreffen geraten und den Anschluss verlieren. Es drohen dann wirtschaftliche Verwerfungen und Arbeitsplatzverluste. Doch nur mit einer starken und innovativen Gesellschaft und Wirtschaft können wir die vor uns liegenden Herausforderungen wie den demografischen Wandel oder die Energiewende bewältigen.





INDUSTRIEBLICK - FOTOLIA





Während die deutschen Unternehmen im Durchschnitt ihre Innovationsanstrengungen in den letzten Jahren erhöht haben, sind die Perspektiven des deutschen Mittelstands weniger erfreulich. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) investieren und innovieren zu wenig. Innovationen sind jedoch das Fundament für Wachstum und Wohlstand. Während die deutschen Großunternehmen ihre Innovationsaufwendungen in den letzten Jahren stark ausgebaut haben, sind die Innovationsausgaben der KMU nahezu konstant geblieben. Doch wenn der Mittelstand als Rückgrat der deutschen Wirtschaft nicht mehr hinreichend innovativ ist, wird dies mittelfristig zu einem ernststen Problem. Hier ist schnelles Handeln erforderlich.

Unternehmensgründungen sind wie ein Lebenselixier für unsere Wirtschaft. Denn kreative Ideen, innovative Geschäftsmodelle und neue Arbeitsplätze modernisieren unsere Wirtschaftsstruktur, erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit und stärken die Vielfalt in unserer sozialen Marktwirtschaft. In Deutschland wird jedoch zu wenig gegründet. Die Gründungsraten sind niedrig und gehen noch zurück, insbesondere im Bereich der Spitzentechnologie.

Viele Menschen in Deutschland sind skeptisch gegenüber Neuerungen. Sie sehen vor allem die Risiken und weniger die Chancen. Sie haben auch das Gefühl, dass nur zählt, was der Wirtschaft nützt, und dass soziale oder ökologische Belange außen vor bleiben. Doch Innovationen sind mehr als technische Neuerungen für Unternehmen. Deshalb brauchen wir **#NeueErfolge**.

So wollen wir leben

Soziale Innovationen leisten einen Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt. Deutschland ist ein Gründerland, in dem sich auch kleinere Unternehmen aktiv am Innovationsprozess beteiligen.

#NeueErfolge machen Deutschland gerechter und solidarischer

Indem wir den Menschen ins Zentrum unserer Politik stellen, nehmen wir gezielte Veränderungen in unserer Innovationspolitik vor. Voraussetzung dafür ist ein umfassendes Verständnis von Innovationen: Uns geht es um spürbare Verbesserungen der Lebenswelt – um Fortschritt also, der bei den Menschen ankommt. Wir schaffen eine Lebenswelt, die allen Menschen eine bestmögliche Entwicklung ermöglicht und Armut sowie soziale Ausgrenzung überwindet. Dazu leisten innovative Lösungen einen entscheidenden Beitrag.

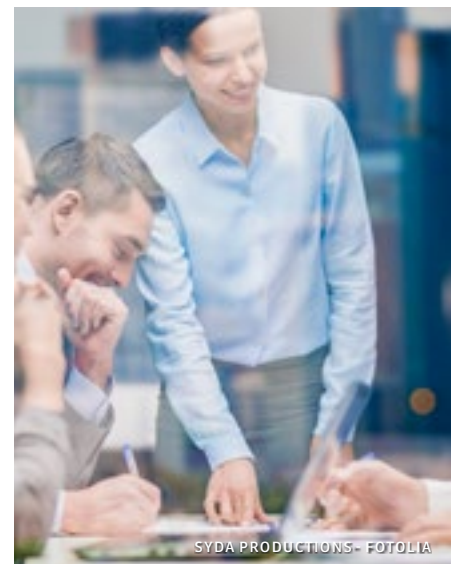
#NeueErfolge machen Deutschland lebenswerter und sicherer

Bürgerinnen, Bürger und Zivilgesellschaft sind ebenso wie Wirtschaft und Wissenschaft Ausgangspunkt innovativer Strategien. Entwicklungen von Tragweite und gesellschaftlicher Bedeutung werden von Bürgerbeteiligung begleitet, damit sie zustimmungsfähig werden. Partizipation wird dabei nicht auf einen formalen Akt reduziert, sondern vollzieht sich in einem möglichst ergebnisoffenen Dialogprozess. Gute Arbeit, angemessene Löhne, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, innovative Arbeitszeitmodelle und erweiterte reale Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz gehören für uns zwingend zu einem guten Leben und schaffen gleichzeitig Potenziale für die Produktivität und Innovationsfähigkeit von Unternehmen.



#NeueErfolge machen Deutschland moderner und innovativer

Unternehmen aller Größenklassen und Branchen beteiligen sich intensiv an Innovationsprozessen. Sie fokussieren sich nicht nur auf neue Produkte und Dienstleistungen, sondern haben auch neue Geschäftsmodelle im Blick. Deutschland ist ein Gründerland, in dem Mut und Kreativität geschätzt werden und Scheitern als Chance und nicht als Stigma begriffen wird. Junge Unternehmen können wachsen und entfalten ihre Potenziale nicht nur in den Metropolregionen, sondern auch in den ländlichen Räumen.



Das wollen wir tun

Wir legen einen Schwerpunkt auf soziale Innovationen, erhöhen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, gestalten die Digitalisierung und machen Gründungen einfacher.

Soziale Innovationspolitik gestalten

Wir wollen eine soziale Innovationspolitik, für die technische und soziale Innovationen gleich wichtig sind. Soziale Innovationspolitik hat die Angebots- und Nachfrageseite im Blick und ist für uns Querschnittspolitik, die von den Bedürfnissen der Menschen ausgeht.

Dabei sind nicht nur die Bedürfnisse der heutigen, sondern auch die der zukünftigen Generationen in den Blick zu nehmen. Fortschritt muss unter Erhaltung der ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen stattfinden.

Mit sozialen Innovationen sind neue Lösungen für gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen gemeint. Dabei steht nicht der finanzielle Gewinn für die oder den Einzelnen im Vordergrund, sondern der Mehrwert für die Gesellschaft.

Soziale Innovationen fördern, Sozialunternehmertum stärken: Immer öfter werden Innovationen von Sozialunternehmen vorangetrieben, die gesellschaftliche Probleme unternehmerisch lösen. Soziales Unternehmertum kann ein wichtiger Bau-

stein sein, um unsere soziale Marktwirtschaft im Einklang mit den Veränderungen unserer Zeit weiterzuentwickeln. Wir wollen den Auf- und Ausbau geeigneter Infrastrukturen für soziale Innovationen forcieren und fordern mehr Offenheit für die Idee von Sozialinnovationen in allen Programmen der Entrepreneurship-Förderung.

Innovationsförderung modernisieren: Wir wollen eine soziale Innovationspolitik, die Technik, Mensch und Organisation so verbindet, dass sozialer Fortschritt erzielt wird. Gute Arbeit, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und erweiterte reale Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz gehören für uns zu einem guten Leben. Dazu wollen wir die Innovationsförderung modernisieren und neu justieren.

Transparenz und Partizipation verbessern: Voraussetzung für eine partizipative Innovationspolitik ist eine transparente Darstellung der Ziele, Methoden und Instrumente der Innovationspolitik. Der Innovationsdialog zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft dient der Bundesregierung als unabhängige Fachberatung. Wir wollen dieses Forum transparent machen und weitere

Akteure der Zivilgesellschaft einbeziehen. Denn Transparenz trägt entscheidend zu einer ausgewogenen Betrachtung von Chancen und Risiken bei und fördert so die Offenheit für Neues. Bürgerbeteiligung führt zu besseren Innovationen.

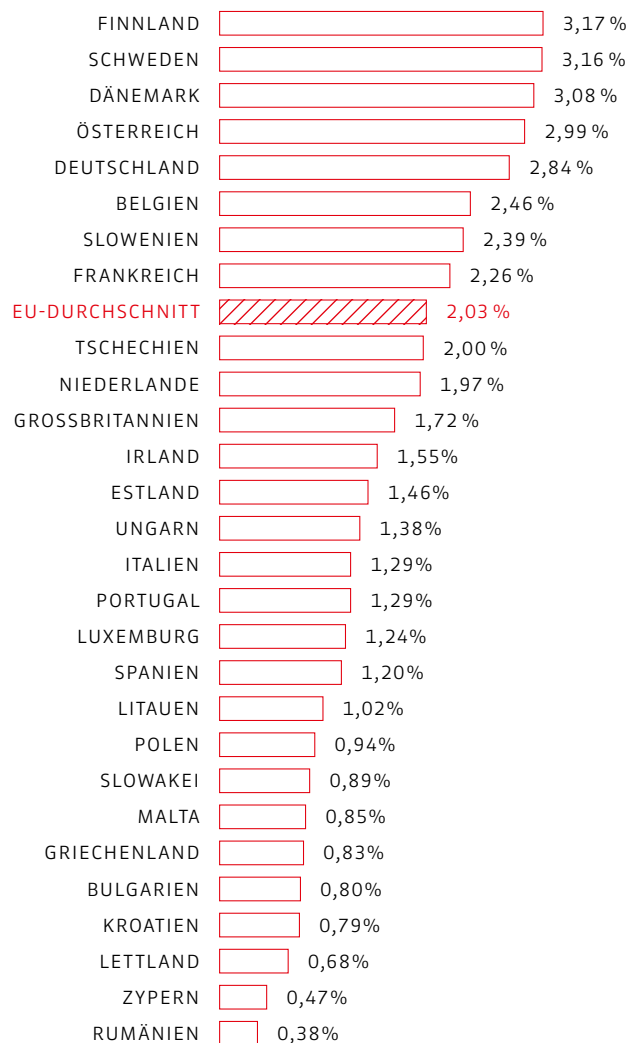
Innovationsausgaben erhöhen

Mehr Geld in Forschung und Entwicklung investieren: Wir wollen die Innovationsausgaben von Staat und Unternehmen steigern. Unser Ziel ist, dass Deutschland bis zum Jahr 2025 mindestens 3,5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Forschung und Entwicklung (FuE) aufwendet.

KMU-Förderung des Bundes erhöhen: Die auf die Steigerung der Innovationsfähigkeit der KMU ausgerichteten Programme des Bundeswirtschaftsministeriums ZIM (Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand) und IGF (Industrielle Gemeinschaftsforschung) sind hoch effizient, unbürokratisch und genießen das Vertrauen der Unternehmen. Wir wollen daher eine Erhöhung der Mittel für ZIM von derzeit 543 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro vornehmen. Zum anderen wollen wir die Innovationsanstrengungen der kleinen und mittleren Unternehmen durch eine Aufstockung der Mittel für die IGF von aktuell 139 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro stärken.

Investitionen in die Zukunft

Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der EU 2014
(in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)





Förderlücken schließen: Wir wollen eine Neuausrichtung der Validierungsförderung und streben die Einrichtung eines Deutschen Innovations- und Validierungsfonds an. Damit werden wir eine Förderlücke schließen. Wir wollen so Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen finanzielle Unterstützung von Innovations- und Validierungsprojekten anbieten. Durch gezielte Maßnahmen sollen Forscherinnen und Forscher in die Lage versetzt werden, Innovationspotenziale ihrer Forschungsergebnisse besser zu identifizieren und zu validieren.

Forschung in KMU steuerlich fördern: Ergänzend zur klassischen Projektförderung setzen wir uns für die Einführung eines Personalkostenzuschusses für kleine und mittlere Unternehmen ein. Die von uns favorisierte Variante der steuerlichen Forschungsförderung ist der Forschungsbonus, eine Steuergutschrift für FuE-Personalaufwendungen. Überdies wollen wir gezielt Fördermaßnahmen für Einsteiger unterstützen. Dabei legen wir besonderen Wert auf niedrigschwellige und unbürokratische Angebote für Unternehmen.

Digitalisierung gestalten

Eine der größten Chancen für die Steigerung der Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft ist die Digitalisierung. Sie verändert die Art und Weise, wie wir zukünftig lernen, arbeiten, wirtschaften und kommunizieren. Der digitale Wandel schafft neue Handlungsmöglichkeiten und stellt Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor bisher unbekannte Herausforderungen. Diese Entwicklung lässt Möglichkeiten für gesellschaftlichen Fortschritt entstehen, eröffnet aber zugleich auch Missbrauchsmöglichkeiten, die gewonnene Freiheitsrechte bedrohen können.

Informatische Grundbildung verbessern: Die Digitalisierung verändert auch das Lernen und Lehren wie kaum eine gesellschaftliche Entwicklung zuvor. Sie ist nicht nur ein technologischer Wandel, sondern vor allem ein Kulturwandel. Wir wollen, dass der digitale Wandel einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leistet und dass über die gesamte Bildungskette (Schule – Ausbildung – Hochschule) digitale Kompetenzen vermittelt werden. Alle Schülerinnen und Schüler ab der Sekundarstufe sollen einen qualifizierten Informatikunterricht erhalten.



Digitale Infrastruktur in Bildungseinrichtungen ausbauen:

Die Ausstattung der Schulen mit digitaler Infrastruktur darf nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit von Ländern und Kommunen abhängen. Wir fordern auch deshalb die Überwindung des Kooperationsverbots in der Bildung, um eine Investitionsoffensive des Bundes im Rahmen einer nationalen Bildungsallianz für die IT-Ausstattung von Bildungseinrichtungen zu ermöglichen.

Unternehmensgründungen erleichtern

Unternehmensgründungen sind wie ein Lebenselixier für unsere Wirtschaft. Denn kreative Ideen, innovative Geschäftsmodelle und neue Arbeitsplätze modernisieren unsere Wirtschaftsstruktur, erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit und stärken die Vielfalt in unserer sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen, dass in Deutschland wieder mehr Unternehmen vor allem im Hightech-Bereich gegründet werden. Und wir wollen, dass diese Startups wachsen können und bestehende KMU durch die Zusammenarbeit neue Impulse erfahren. Dazu werden wir eine ganze Reihe von Maßnahmen ergreifen.

Genossenschaften fördern: Wir wollen besonders Genossenschaften als nachhaltige und krisenfeste Unternehmensform in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen stärken.

Bürokratie abbauen: Wir planen, die Sofortabschreibung für geringfügige Wirtschaftsgüter als möglichen Beitrag zur Investitionsförderung und zum Bürokratieabbau zu verdoppeln.

Gründer besser absichern: Problematisch für viele Gründer sind die hohen Mindestbeiträge für die freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung. Wir wollen die Beitragsbemessung für Gründer in der gesetzlichen Krankenversicherung analog zu abhängig Beschäftigten einkommensabhängig ausgestalten und die Mindestbeiträge entsprechend absenken.

Crowdfunding nutzen: Für die Realisierung größerer Vorhaben wollen wir Finanzierungsinstrumente der Gründungs- und Innovationsförderung enger mit dem Crowdfunding verzahnen. Um Gründer besser auf die Nutzung von Crowdfunding vorzubereiten, sollte eine Crowdfunding-Kampagne ins Leben gerufen werden.





#NeueGerechtigkeit bedeutet für uns, neue Ideen und Innovationen zu fördern, die allen zugutekommen und zu nachhaltigem gesellschaftlichen Fortschritt führen – für breiten Wohlstand, neue Arbeitsplätze, eine intakte Umwelt und ein gutes Leben.

Positionspapiere

Neue Erfolge für den Mittelstand
(Juni 2016)

**Soziale Innovationspolitik –
Innovationen neu denken**
(September 2016)

**Digitalisierung in Gesellschaft
und Wirtschaft**
(Oktober 2016)

Download unter
www.spdfraktion.de/neueerfolge

IM DIALOG



Unerwartete Ergebnisse

Die Projektgruppe #NeueErfolge stand von Beginn an mit den einschlägigen Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften und Forschungsorganisationen im Dialog. Im Laufe des Dialogprozesses beteiligten sich auch immer mehr Einzelunternehmen, kleinere Interessenvertretungen und intermediäre Akteure, die sonst nicht im Fokus der Politik stehen. Dabei nahmen die Dialogpartner sowohl an den Projektveranstaltungen als auch am schriftlichen Austauschprozess teil. Auf unsere Dialogpapiere erhielten wir mehr als 100 Stellungnahmen mit weit über 1.000 Antworten auf unsere Fragen. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern war leider weniger stark ausgeprägt.

Der Expertendialog hat gezeigt, dass wir die drängendsten Probleme benannt und die richtigen Fragen gestellt haben. Die von unseren Dialogpartnern eingebrachten Situationsanalysen, Antworten, Vorschläge und Ideen waren sehr fundiert und kreativ. Aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen der einzelnen Partner haben wir zu einer Reihe von Fragen gegensätzliche Antworten erhalten. In diesen Fällen haben wir die Vorschläge vor dem Hintergrund der individuellen Interessen der Partner abgewogen und die aus unserer Sicht angemessenen Entscheidungen getroffen. So ist beispielsweise klar, dass auch Großkonzerne die steuerliche Forschungsförderung für eine geeignete Maßnahme halten, Innovationsbemühungen zu unterstützen. Für die Projektgruppe stand jedoch aufgrund empirischer Befunde fest, dass sich steuerliche Maßnahmen in diesem Bereich vor allem an kleine und mittlere Unternehmen wenden sollten, da die Entwicklung bei dieser Unterneh-

mensgröße im Gegensatz zu den Großunternehmen als problematisch einzuschätzen ist. Die Projektgruppe hat daher ihren Vorschlag für den steuerlichen Forschungsbonus auf Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern beschränkt.

Der Dialog der Projektgruppe #NeueErfolge gab jenseits von tagespolitischen Zwängen den Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft gleichberechtigt die Möglichkeit, an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Das kam für viele Partner überraschend, weil sie diese Art von Austausch nicht kannten. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass dieser Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen geführt wurde und nicht nur – wie oftmals üblich – mit den politisch Nahestehenden.

Während verschiedene Themen der Projektgruppenarbeit von Beginn an eine Rolle spielten und die Bedeutung dieser Themen für die SPD-Bundestagsfraktion klar war, gab es auch Aspekte, die im Laufe der Projektgruppenarbeit an Bedeutung gewannen. So sind die Förderung sozialer Innovationen und die Unterstützung sozialen Unternehmertums (Social Entrepreneurship) ein eher unerwartetes Ergebnis der Arbeit der Projektgruppe. Hier hat sich in einer Vielzahl von Gesprächen und Vor-Ort-Besuchen gezeigt, dass soziales Unternehmertum ein wertvoller Baustein ist, um unsere soziale Marktwirtschaft im Einklang mit den Veränderungen unserer Zeit weiterzuentwickeln. Dabei geht es nicht darum, staatliches Handeln zu ersetzen, sondern innovativ zum Wohle der Gesellschaft zu ergänzen.

Auch der »Junge Beirat« hat sich zu jedem der Dialogpapiere mit einer qualitativ sehr beachtlichen und ausführlichen Expertise eingebracht. Dabei kam tatsächlich auch eine »jüngere« Sichtweise zur Geltung, die einen gewichtigen Einfluss auf die Projektergebnisse hatte. Es war zu spüren, dass der »Junge Beirat« mit Herz und Verstand bei der Sache war.

»Partizipation, das heißt die Beteiligung interessierter Akteure an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen auch in der Politik, wird in den letzten Jahren immer stärker gefordert. Die SPD-Projektgruppe »#Neue Erfolge – Vorsprung durch Innovation« ist mit der Konzeption und Durchführung des Dialogprozesses dieser Forderung in vorbildlicher Weise nachgekommen. Die AiF ist von Beginn bis Ende des Dialogprozesses stets motiviert worden, sich an den Dialogen zu beteiligen. Wünschenswert wäre nun, dass den erarbeiteten Handlungsempfehlungen auch entsprechende Taten folgen – und vergleichbare Willensbildungsprozesse diesem Best-Practice-Beispiel folgen.«

Dr.-Ing. Thomas Kathöfer, Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen »Otto von Guericke« e.V. (AiF)

»Ein ganz herzliches Danke an Sie und die komplette Projektgruppe, dass Sie das Thema Social Entrepreneurship/Social Startups so intensiv berücksichtigt haben. Ich denke, gemeinsam können wir hier wirklich viel bewegen und unsere soziale Marktwirtschaft im Einklang mit den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen weiterentwickeln.«

Markus Sauerhammer, Bundesverband Deutscher Startups e. V.

EINWANDERUNGSLAND
DEUTSCHLAND

NEUES MITEINANDER

*Wir wollen, dass Deutschland ein offenes
Land bleibt, in dem wir alle am gesellschaft-
lichen Miteinander teilhaben.*

Ohne Einwanderung wäre Deutschland wirtschaftlich und kulturell ärmer. Deshalb haben wir Vorschläge für ein moderneres Einwanderungsrecht entwickelt. Und wir geben Antworten auf die Frage, wie wir in unserer vielfältigen und von Einwanderung geprägten Gesellschaft zusammenleben wollen.

Wir wollen Einwanderung steuern und gestalten.

Dafür schaffen wir ein neues und modernes Einwanderungsrecht mit einem transparenten Punktesystem. Im Wettbewerb um die klügsten Köpfe der Welt wollen wir es qualifizierten Fachkräften erleichtern, nach Deutschland einzuwandern. Neben der Mobilisierung und Qualifizierung der hier lebenden Menschen ist das der beste Weg, den Herausforderungen des demografischen Wandels und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels zu begegnen.

Wir wollen das gesellschaftliche Miteinander aktiv gestalten.

Dafür braucht es massive Investitionen – in Bildung, in den Arbeitsmarkt und im Gesundheitsbereich. Damit alle hier lebenden Menschen die gleichen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben haben, müssen wir zudem die Antidiskriminierungspolitik stärken und gesellschaftliche Teilhabe an demokratischen Prozessen ermöglichen – zum Beispiel durch die Einführung eines Kommunalwahlrechts für Menschen aus Nicht-EU-Staaten.

Wir wollen uns den Herausforderungen stellen, die eine vielfältige Gesellschaft mit sich bringt.

Kulturelle und religiöse Vielfalt sehen wir als Chance für Deutschland. Dabei ist für uns klar: Das Grundgesetz ist unser Leitbild bei der Gestaltung eines neuen gesellschaftlichen Miteinanders.





Da stehen wir heute

Durch den demografischen Wandel werden in einigen Jahren weniger Menschen in Deutschland leben und arbeiten. Um unseren Wohlstand zu erhalten, sind wir auf Einwanderung angewiesen.

Der Wohlstand und die Lebensqualität in Deutschland beruhen auf der Leistung der Menschen und einer starken Wirtschaft. Mit dem demografischen Wandel nimmt in den kommenden Jahren die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ab. Dadurch laufen wir Gefahr, nicht nur unseren Wohlstand zu verlieren, sondern auch unsere sozialen Sicherungssysteme nicht mehr finanzieren zu können. Allein in den nächsten zehn Jahren verliert Deutschland über sechs Millionen Erwerbsfähige und dringend benötigte Fachkräfte.

Migrationspolitisch hat sich in den letzten 20 Jahren viel bewegt – die früher auf Abschottung gerichtete Politik ist mittlerweile offener und liberaler. Nun ist es an der Zeit, auch unser Einwanderungsrecht entsprechend zu gestalten. Die Reformen der letzten Jahre müssen weiterentwickelt werden. Die bestehenden Regelungen sind für die Menschen, die als Arbeitskraft nach Deutschland einwandern wollen, oft intransparent, zersplittert und kaum verständlich. Auch ist die Möglichkeit, ohne Studienabschluss einzuwandern, bisher begrenzt. Das hält viele dringend benötigte qualifizierte Fachkräfte wie Technikerinnen und Techniker, IT-Spezialisten und Pflegekräfte von einer Einwanderung ab oder führt dazu, dass die Menschen versuchen, über das Asylsystem einzuwandern.

Deshalb brauchen wir ein Einwanderungsgesetz, das nicht mehr danach fragt, wo jemand herkommt, sondern was er oder sie zu unserer Gesellschaft beitragen kann. Wir müssen Einwanderung steuern und nach unseren Bedürfnissen ausrichten.

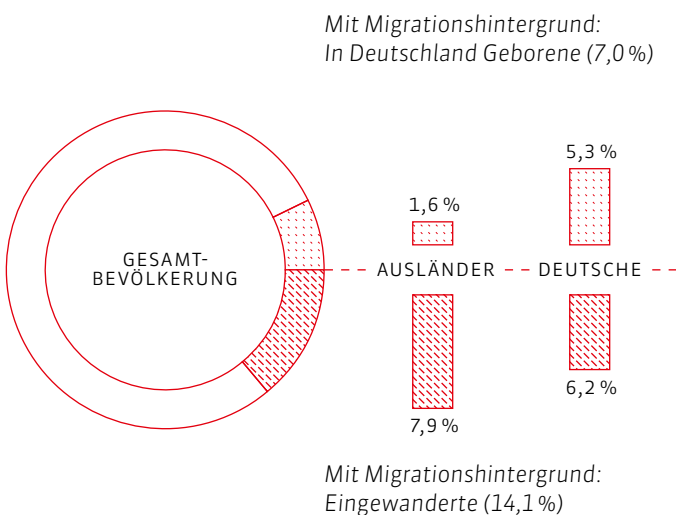
Wir kennen die Sorgen der Bevölkerung und wissen, dass eine positive Grundhaltung zu mehr Einwanderung nicht von heute auf morgen entsteht – besonders vor dem Hintergrund der aktuellen Fluchtbewegungen. Eine positive Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger ist aber wichtig, damit Einwanderung gelingt. Wir wollen mit unserem Vorschlag eine breite gesellschaftliche Debatte nicht nur über die Notwendigkeit von Einwanderung anregen, sondern letztlich auch darüber, was für ein Land wir in Zukunft sein wollen. Eines, das sich abschottet, oder eines, das für Weltoffenheit und Teilhabe steht? Wir sind davon überzeugt: Einwanderung ist ein Gewinn für uns alle.

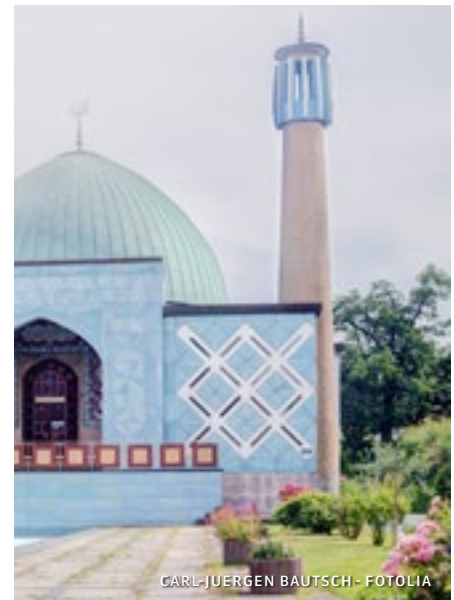
Doch zu einem Einwanderungsland gehört mehr als nur ein Einwanderungsgesetz. Historische Einwanderungsländer wie die USA oder Kanada haben neben einfachen und transparenten Regeln für Einwanderung auch eine übergeordnete gesellschaftliche Haltung zu Einwanderung und gesellschaftlicher Vielfalt. Die Kanadier berufen sich auf »Unity in Diversity«, in den USA prangt der Wahlspruch »E pluribus unum« auf den Münzen und dem offiziellen Siegel des US-Präsidenten. Vielfalt wird in diesen Ländern großgeschrieben und macht sie so erfolgreich.

Ein Leitbild für unsere von Vielfalt geprägte deutsche Einwanderungsgesellschaft ist längst überfällig. Kulturelle und religiöse Vielfalt sehen wir in erster Linie als Chance, in manchen Punkten ist sie auch eine Herausforderung. In den 1950er Jahren gab es eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, ob evangelische und katholische Kinder gemeinsam unterrichtet werden dürfen. Die 68er-Bewegung stellte die Werte und Ansichten ihrer Elterngeneration in Frage und die deutsche Gesellschaft wurde durch sie liberaler. In den 1970er Jahren kämpfte die zweite Welle der deutschen Frauenbewegung um die Anerkennung und Durchsetzung ihrer fundamentalen Rechte. Heute diskutiert die Gesellschaft darüber, ob Kinder auf Schulhöfen untereinander türkisch sprechen dürfen, über die Ehe für alle oder darüber, wie der Staat mit kopftuchtragenden oder vollverschleierten Musliminnen umgehen soll. Auf diese drängenden Fragen brauchen wir Antworten.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

In Deutschland lebten im Jahr 2015 rund 81,4 Millionen Menschen, davon rund 17 Millionen mit Migrationshintergrund (21 %)





Menschen wandern aus vielen unterschiedlichen Gründen nach Deutschland ein: weil sie ein Jobangebot haben, studieren wollen oder vor Krieg und Verfolgung fliehen und bei uns Schutz suchen. Seit dem letzten Jahr hat Deutschland rund eine Million Geflüchtete aufgenommen. Menschen, denen wir eine Perspektive bieten müssen – in der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Nach wie vor gibt es gesellschaftliche Hürden, die die Teilhabe von Geflüchteten, Einwanderinnen und Einwanderern sowie von Kindern und Enkeln der ehemaligen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter

am gesellschaftlichen Miteinander erschweren. Noch immer haben Kinder mit Migrationshintergrund – mittlerweile in dritter oder vierter Generation – schlechtere Chancen als Kinder ohne Migrationshintergrund. Ungleichbehandlung beginnt bereits im Kindergarten und setzt sich bis ins Erwachsenenleben fort. Menschen mit Migrationsgeschichte werden bei der Jobsuche, im Laufe ihrer beruflichen Karriere und sogar bei der Wohnungssuche diskriminiert.

Hier müssen wir ansetzen. Dafür brauchen wir in unserem Land ein **#NeuesMiteinander**.



So wollen wir leben

Deutschland setzt gezielt auf die Einwanderung von Fachkräften. Alle hier lebenden Menschen haben die gleichen Chancen und identifizieren sich mit den Werten des Grundgesetzes.

Ein #NeuesMiteinander
macht Deutschland gerechter
und solidarischer

Jeder Mensch in Deutschland hat von Anfang an die gleichen Startchancen – unabhängig von seiner Herkunft. Kein Kind wird mehr benachteiligt, weil es den »falschen« Namen trägt. Eingewanderte Menschen können ihr soziales Umfeld und kommunale Politik mitgestalten. Grundlage hierfür sind ein auf Vielfalt ausgerichtetes Bildungssystem, inklusive Arbeitsmarktinstrumente und eine starke Antidiskriminierungspolitik.

Ein #NeuesMiteinander
macht Deutschland lebenswerter
und sicherer

Alle hier lebenden Menschen identifizieren sich mit dem Grundgesetz und den daraus abgeleiteten Werten. Gläubige aller Religionen und Menschen ohne religiöse Bindung leben friedlich zusammen. Religiöser und politischer Extremismus ist weiter an den Rand gedrängt worden. Konflikte und Herausforderungen, die sich aus kultureller und religiöser Vielfalt ergeben, werden auf Basis des Grundgesetzes gelöst.

Ein #NeuesMiteinander
macht Deutschland moderner
und innovativer

Mit einem modernen und zeitgemäßen Einwanderungsgesetz gelingt es uns, Einwanderung zu steuern und nach unseren Bedürfnissen auszurichten. So öffnet sich Deutschland für die klügsten und innovativsten Köpfe, um den Wohlstand unseres Landes auch in Zukunft zu sichern. Wir wollen qualifizierten und ehrgeizigen Menschen eine Perspektive geben, sich in Deutschland ein Leben aufzubauen.

Das wollen wir tun

Wir wollen allen Menschen in Deutschland die Teilhabe an einer vielfältigen und toleranten Gesellschaft ermöglichen. Mit einem Einwanderungsgesetz steuern wir den Fachkräftezuzug.

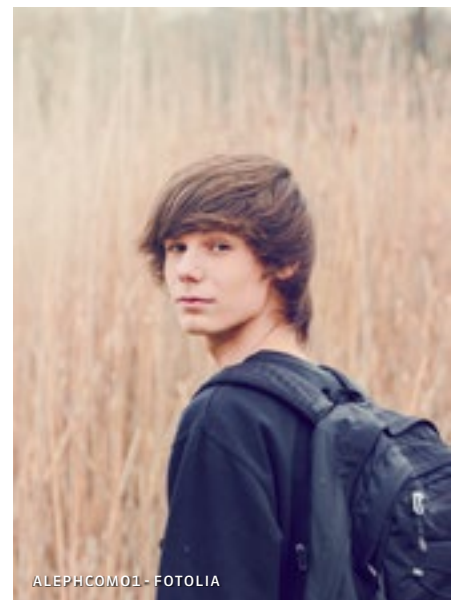
Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft ermöglichen

Zugänge zu guter Bildung schaffen: Bildung entscheidet maßgeblich über gesellschaftliche Teilhabe. Das Bildungssystem bietet allen Menschen eine Perspektive, stärkt den sozialen Zusammenhalt und schafft wirtschaftliches Potenzial. Aber es muss noch viel getan werden, damit auch alle diese Chancen wahrnehmen und verwirklichen können. Denn nach wie vor ist in Deutschland der Bildungserfolg eng mit der sozialen Herkunft verknüpft. Damit sich das ändert, brauchen wir eine bildungspolitische Wende.

Gute Kitas schaffen: Frühkindliche Bildungsangebote sind maßgeblich für spätere Bildungs- und Entwicklungschancen. Daher brauchen wir deutlich mehr Erzieherinnen und Erzieher – vor allem mit Migrationshintergrund. Gemischte Kitas sind ein zentraler Baustein für eine gelingende Integration. Wir werden uns daher intensiv gegen eine gesellschaftliche Spaltung einsetzen, die bereits in den Kitas beginnt.

Ganztagschulen ausbauen: Wir wollen das Angebot an Ganztagschulen zunächst im Grundschulbereich ausbauen und qualitativ weiterentwickeln, sozial verträglich gestalten sowie moderne und kostenlose Nachmittagsprogramme schaffen. Die Schulsozialarbeit soll ausgebaut und die Jugendmigrationsdienste sollen gestärkt werden.

Hochschulen öffnen: Wir wollen Hürden abbauen, die den Zugang von Menschen mit Migrationshintergrund an Universitäten noch immer erschweren.





Arbeitsmarktintegration fördern: Arbeit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben, für die Teilhabe an unserer Gesellschaft, und sie ist damit seit jeher der beste Ort für Integration. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und vor allem zu guter Arbeit ist ohne ausreichende Sprachkenntnisse und berufliche Qualifikationen kaum möglich. Deshalb müssen Arbeitsmarktintegration, Sprachförderung und berufliche Qualifizierung zusammengedacht werden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss durch gezielte, niedrigschwellige Beratungsangebote und auf die Bedürfnisse der Arbeitsuchenden zugeschnittene Förderprogramme verbessert werden – insbesondere für Frauen und Jugendliche. Dabei soll der Fokus ausdrücklich nicht nur auf Geflüchtete gelegt werden. Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch EU-Freizügigkeit zu uns kommen, sowie Einwanderinnen und Einwanderer aus Nicht-EU-Staaten brauchen besondere Unterstützung.

Sprachförderung verbessern: Mit der Sprachkompetenz steht und fällt die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Zentrales Instrument des Spracherwerbs für Einwanderinnen, Einwanderer und Geflüchtete sind die Integrationskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Daher wollen wir Integrationskurse ausbauen, öffnen und nachbessern. Lehrpläne müssen an die Bedürfnisse der Geflüchteten und an aktuelle Erfordernisse angepasst werden.

Kompetenzen genau erfassen: Viele Menschen, die zu uns kommen, sind gut qualifiziert. Um Chancengleichheit zu verwirklichen, muss die Kompetenzerfassung von Einwanderinnen und Einwanderern und Geflüchteten sowie die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse verbessert und das Nachqualifizierungssystem ausgebaut werden. Hier wollen wir unter anderem die Kosten des Anerkennungsverfahrens sozialverträglich gestalten und die Anerkennungssuchenden während des Verfahrens durch ein Einstiegsdarlehen unterstützen. Es muss einen Rechtsanspruch auf individuelle und unabhängige Beratung und Betreuung vor, während und nach dem Abschluss des Anerkennungsverfahrens geben.

Diskriminierung entgegenwirken: Wir wollen die Antidiskriminierungspolitik stärken. Wir wissen, dass der Arbeitsmarkt noch nicht gleiche Chancen für alle bietet. So ist die Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund immer noch doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Das hat zum Teil mit niedrigeren Bildungs- oder fehlenden Berufsabschlüssen zu tun. Aber auch Diskriminierung ist ein Grund: Trotz vergleichbarer Abschlüsse sehen sich Menschen mit Migrationshintergrund Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt – selbst wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind.

Der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen sollen sich Ziele für einen höheren Anteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund setzen und eine Vorreiterrolle bei der diversitätsorientierten Organisationsentwicklung spielen – auch hinsichtlich der Besetzung von Führungspositionen.

Wir werden das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und das Bundesgleichstellungsgesetz weiterentwickeln. Darüber hinaus werden wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes personell und finanziell stärken. Zusätzlich sollen in allen Bundesländern flächendeckend Antidiskriminierungsstellen eingerichtet werden sowie unabhängige Beschwerdestellen, an die sich Menschen im Falle der Diskriminierung durch öffentliche Akteure wenden können. Die Durchsetzungsfähigkeit des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes soll gestärkt werden. Außerdem prüfen wir die Einführung eines Verbandsklagerechts.

Zugang zu Gesundheitsleistungen erleichtern: Gesundheit ist ein hohes Gut und eine angemessene, kultursensible gesundheitliche Versorgung ist ein Menschenrecht. Die zunehmende Vielfalt der Gesellschaft spiegelt sich auch in allen Bereichen der gesundheitlichen Versorgung wider. Aber Tatsache ist: Menschen mit Migrationshintergrund nehmen Gesundheits- und Pflegeleistungen seltener in Anspruch. Daher wollen wir die Einführung der Gesundheitskarte weiter vorantreiben und bessere Rahmenbedingungen für eine angemessene Gesundheitsversorgung Geflüchteter schaffen. Zudem müssen sich alle Institutionen des Gesundheitswesens interkulturell öffnen und aktuelle Standards des Diversity-Managements umsetzen.

Geschlechtergerechtigkeit beachten: Artikel 3 des Grundgesetzes (»Frauen und Männer sind gleichberechtigt«) ist auch in der Integrationspolitik unser Leitsatz. Alle Integrationsangebote, ob in der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt oder beim bürgerschaftlichen Engagement, müssen sich gleichermaßen an Männer und Frauen sowie Jungen und Mädchen richten.







HALFPOINT - FOTOLIA

Umgang mit kultureller und religiöser Vielfalt erlernen

Gegenseitigen Respekt lehren, Extremismus und Fanatismus bekämpfen:

Vielfalt muss gelebt und der Umgang damit erlernt werden – und das von Kindesbeinen an. Gemeinsame Werte entstehen im Umgang und Austausch miteinander. Wir wollen daher umfassende Weiterbildungsprogramme für Lehrerinnen und Lehrer wie auch für Erzieherinnen und Erzieher einführen sowie anregen, Lehrpläne zu modernisieren. Ziel ist es, interkulturelle Kompetenzen beim Lehrpersonal, den Kindern und den Jugendlichen zu verankern. Nicht nur in Schulen, auch am Arbeitsplatz, in Gemeinden und in Unternehmen muss für religiöse und kulturelle Vielfalt sensibilisiert werden. Wenn Vielfalt in allen Bereichen des gesellschaftlichen Miteinanders gelebt wird, wird undemokratischen Tendenzen der Nährboden entzogen.

Politische und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen:

Wir wollen unsere Demokratie auch in Zukunft lebendig halten und Menschen, die zu uns kommen, möglichst schnell in demokratische Prozesse einbinden. Deshalb setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen des Ehrenamts ein, aber auch für den Ausbau von Programmen gegen Rechtsextremismus und für eine bessere politische Bildung.

Teilhabe an Kultur und Medien ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Viele kulturelle Einrichtungen, Initiativen, Projekte und Medien auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene befassen sich seit Langem mit Migration, Integration und kultureller Vielfalt. Dies wollen wir unterstützen und fördern.

Wir wollen das Verständnis für unser demokratisches Miteinander fördern. Ereignisse wie der Brexit führen uns vor Augen, welche Auswirkungen populistische Debatten, die nicht auf Fakten basieren, haben können. Wir wollen für eine bessere demokratische Kultur, für ein besseres demokratisches Miteinander kämpfen.

Wir stehen für gegenseitigen Respekt und gegen Extremismus jedweder Art ein. Dafür muss politische Bildung – vor allem an Schulen, aber auch darüber hinaus – gestärkt werden. Wir brauchen mehr sozialpädagogisches Personal, das solchen Tendenzen frühzeitig entgegenwirkt. Zudem stärken wir Deradikalisierungsangebote, die Ausstiegsarbeit und die zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit gegen islamistischen Extremismus, Antisemitismus, Islamophobie und Rechtsextremismus.

Islam Konferenz weiterentwickeln: Wir wollen über den Islam in Deutschland aufklären und Vorurteile abbauen. Die Deutsche Islam Konferenz wollen wir zu diesem Zweck weiterführen und weiterentwickeln. Dabei soll die Konferenz ein Forum sein, in dem sich alle Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner auf Augenhöhe begegnen und einen konstruktiven Dialog über die Fragen des Zusammenlebens suchen.

Jugendbegegnungen fördern: Wir wollen den internationalen Jugendaustausch fördern. Auch Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien sollen verstärkt die Möglichkeit bekommen, an Austauschprogrammen teilzunehmen und ihre Altersgenossinnen und -genossen aus anderen Ländern kennenzulernen. Denn nur das gegenseitige Kennenlernen schafft Verständigung und Vertrauen.

Religiöse Vielfalt gestalten: Wir arbeiten mit Kirchen, Religionsgemeinschaften, Weltanschauungsgemeinschaften, lokalen Initiativen, Sportvereinen, Kultureinrichtungen und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen, um eine offene und vielfältige Gesellschaft zu gestalten.





Wir wollen den Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften unterstützen und uns stärker in bestehende Dialogformate und Initiativen einbringen. Vor allem brauchen wir einen organisierten Dialog zwischen Politik und den Vertreterinnen und Vertretern islamischer Religionsgemeinschaften. Dieser soll zielorientiert die noch offenen Fragen der Gleichstellung islamischer Gemeinschaften mit Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften diskutieren und beantworten – beispielsweise durch den Abschluss von Staatsverträgen, durch Gesetze wie das Körperschaftsstatusgesetz in Nordrhein-Westfalen und Vereinbarungen über den Religionsunterricht, wie bereits in mehreren Bundesländern geschehen.

Unser Religionsverfassungsrecht bildet eine gute und flexible Grundlage für die organisatorische Einbindung von Religionsgemeinschaften. Wir werden darauf hinwirken, dass es auch für muslimische Gemeinden geöffnet wird, indem sie ihre Strukturen entsprechend anpassen.

Charta für Demokratie und Vielfalt einführen: Wir wollen auf der Basis unserer Grundwerte das Zusammenleben der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und mit unterschiedlichen Religionen fördern. Dazu streben wir eine Charta für Demokratie und Vielfalt an, die von einem breiten Bündnis aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie Zivilgesellschaft getragen werden soll. Wichtig ist dabei ein breiter gesellschaftlicher Prozess, an dem sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Integration ist ein Prozess der Gegenseitigkeit auf Augenhöhe. Deshalb sollen sich daran sowohl diejenigen beteiligen, die hier leben, als auch diejenigen, die zu uns kommen.

Einwanderungsgesetz verabschieden

Einwanderung steuern und gestalten: Unser Einwanderungsrecht braucht ein Update. Deshalb wollen wir ein flexibles und nachfrageorientiertes Punktesystem einführen – nach kanadischem Vorbild. Gut qualifizierte Fachkräfte aus der ganzen Welt sollen sich online für eine Aufenthaltserlaubnis bewerben können – egal, ob mit Hochschulabschluss oder Berufsausbildung. Das Recht auf Asyl bleibt davon unberührt.

Wie funktioniert unser Punktesystem? Punkte werden für den Bildungsabschluss, die vorhandene Berufserfahrung, ein Arbeitsplatzangebot, Sprachkenntnisse, das Alter und weitere Integrationsaspekte vergeben, zum Beispiel dafür, ob ein Bewerber oder eine Bewerberin schon einmal in Deutschland gelebt hat oder hier Familie hat. Aufgrund der erreichten Punktzahl wird ein Ranking mit den besten Bewerberinnen und Bewerbern erstellt, die dann in die deutschen Auslandsbotschaften eingeladen und deren Angaben auf Richtigkeit überprüft werden. Fällt die Prüfung positiv aus, erhält die Bewerberin oder der Bewerber eine Aufenthaltserlaubnis und darf in Deutschland arbeiten.



Wir wollen auch für Menschen ohne konkretes Arbeitsplatzangebot die Möglichkeit schaffen, zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland zu kommen. Wer gut qualifiziert ist und nach dem Punktesystem einen guten Platz in der Rangliste erhält, bei der oder dem vertrauen wir darauf, dass sie oder er bei uns schnell einen Job findet. Wie viele Menschen jährlich über das Punktesystem einreisen dürfen, wird durch den Bundestag festgelegt und richtet sich nach den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes.

Aufenthaltstitel vereinheitlichen: Neben dem Punktesystem haben wir auch Vorschläge entwickelt, wie wir die bisherigen Regeln verständlicher und übersichtlicher fassen sowie die Fülle der Vorschriften reduzieren. Wir wollen die Vielzahl der Aufenthaltstitel verringern und vereinheitlichen.

Positive Grundhaltung zur Einwanderung schaffen: Eine positive Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger ist Grundvoraussetzung für das Gelingen von Einwanderung. Wir wollen mit unserem Vorschlag eine breite gesellschaftliche Debatte nicht nur über die Notwendigkeit von Einwanderung anregen, sondern auch darüber, was für ein Land wir in Zukunft sein wollen. Eines, das sich abschottet, schrumpft und verarmt – oder eines, das für Wachstum und Weltoffenheit steht? Wir sind davon überzeugt: Gut gesteuerte und kontrollierte Einwanderung ist ein Gewinn für uns alle.

#NeueGerechtigkeit bedeutet für uns, umfassende und moderne Regelungen des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft zu schaffen – durch ein neues Einwanderungsgesetz und mehr Teilhabe aller Menschen, die sich mit den Werten des Grundgesetzes identifizieren.

Positionspapiere

Das Grundgesetz als Leitbild im Deutschland der kulturellen und religiösen Vielfalt
(Oktober 2016)

Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft
(Oktober 2016)

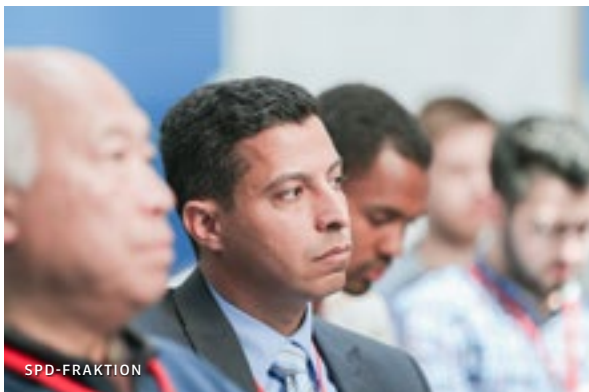
Entwurf eines Einwanderungsgesetzes
(November 2016)

Download unter
www.spdfraktion.de/neuesmiteinander



ONEINCHPUNCH - FOTOLIA

IM DIALOG



Größtmögliche Vielfalt

Von Anfang an stand der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und anderen Akteuren im Fokus unseres Dialogprozesses. Die Einwanderungsgesellschaft ist in Deutschland längst Realität, und migrationspolitische Fragen beschäftigen uns heute mehr denn je. Die daraus entstehenden Herausforderungen können wir nur gemeinsam bewältigen, Ideen für die Zukunft nur gemeinsam entwickeln.

In der Vergangenheit wurde zu oft über Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund gesprochen, ohne diese in politische Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Dasselbe gilt für Migrantenselbstorganisationen. Obwohl sich hier bereits vieles verbessert hat, war es uns im Projekt #NeuesMiteinander besonders wichtig, eine größtmögliche Vielfalt an Perspektiven und Sichtweisen einzubeziehen, um innovative Konzepte zu entwickeln.

Im Rahmen zweier Dialogforen im Deutschen Bundestag, kleinerer Workshops und vieler »Fraktion vor Ort«-Veranstaltungen in ganz Deutschland haben wir einen sehr produktiven Dialog geführt. Wir haben Fragen gestellt, auf die wir viele verschiedene Antworten bekommen haben. Wir haben diskutiert und zugehört.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Dialogprozesses war es insgesamt wichtig, dass Menschen mit Migrationsgeschichte die gleiche Anerkennung erfahren wie diejenigen ohne Migrationsgeschichte. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bestand wenig Verständnis dafür, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in Behörden und in Führungspositionen großer Organisationen immer noch unterrepräsentiert sind. Positiv bewerteten sie die Bemühungen, den Kita-Ausbau weiter voranzutreiben und Kitas, ebenso wie Schulen, qualitativ fit zu machen für eine vielfältige Schülerschaft.

Der »Junge Beirat« hat das Projekt #NeuesMiteinander auf vielfältige Weise begleitet und die Ideen junger Menschen eingebracht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an unserer Projektgruppe erarbeiteten nicht nur differenzierte Stellungnahmen zu den Dialogpapieren, sondern konnten sich auch an den Projektgruppensitzungen mit den Abgeordneten beteiligen. Unsere Beiräte nahmen an Veranstaltungen der SPD-Bundestagsfraktion teil und tauschten sich dabei mit weiteren Expertinnen und Experten aus. Beim »Jugendforum Zukunft« mit 100 Jugendlichen moderierten sie die anregenden Diskussionen in den Kleingruppen, gestalteten die Workshops und arbeiteten die Ergebnisse für das Projekt heraus.

»Die Arbeit der Projektgruppe #NeuesMiteinander war eine hervorragende Sache. Die Vertreterinnen und Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion haben die vielen verschiedenen Facetten von Flucht und Migration zusammengedacht, darauf aufbauend die politischen Herausforderungen diskutiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt. Ich hoffe, dass die Ergebnisse unserer Diskussionen in die zukünftige Arbeit und in die Entscheidungsfindung der Fraktion einfließen.«

Dr. Steffen Angenendt, Leiter der Forschungsgruppe Globale Fragen, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

»Die Einwanderungsgesellschaft ist in Deutschland längst zur Normalität geworden. Diese Vielfalt muss sich auch in politischen Prozessen widerspiegeln, damit die Perspektiven aller hier lebenden Menschen in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Die Dialogforen des Projekts #NeuesMiteinander waren hierfür ein wichtiger Anfang.«

Breschkai Ferhad, Integrationsexpertin

GLEICHWERTIGE
LEBENSVERHÄLTNISSE IN
DEUTSCHLAND

NEUER ZUSAMMEN- HALT

*Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse und
eine gute öffentliche Daseinsvorsorge in allen Regionen
Deutschlands gewährleisten.*

Junge Menschen zieht es zunehmend in die Großstädte, während in den ländlichen Räumen immer weniger Menschen wohnen. Dort geraten Daseinsvorsorgeeinrichtungen wie der öffentliche Nahverkehr, Schulen und Kitas unter Finanzierungsdruck. Ärztinnen und Ärzte, Apotheken und Geschäfte wandern ab. Wir wollen in allen Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten, indem wir die Daseinsvorsorge auch in strukturschwachen und dünn besiedelten Regionen sichern und regionale Wertschöpfungspotenziale nutzen.

Wir wollen neue Formen der Mobilität stärker unterstützen.

Dazu gehört für uns auch eine verbesserte Verzahnung des öffentlichen Nahverkehrs mit alternativen Angeboten, wie beispielsweise Carsharing.

Wir wollen die Grundversorgung in ländlichen Räumen sichern.

Wir halten an einer wohnortnahen Versorgungsstruktur fest und wollen in sehr dünn besiedelten Räumen neue, auch digitale Organisationsformen unterstützen. Unser Ziel ist es, bis 2025 mehr als 90 Prozent der Haushalte in Deutschland mit leistungs- und ausbaufähigen Glasfasernetzen zu versorgen.

Wir wollen auch kleinere Betriebe in ländlichen Regionen besser fördern.

Dazu wollen wir die verschiedenen Förderprogramme des Bundes unter einem oder einer Beauftragten für regionale Entwicklung harmonisieren und enger miteinander verzahnen. Regionale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den betroffenen Gebieten sollen Ideen unterstützen, die Akteure zusammenbringen, die Maßnahmen begleiten und ihnen zum Erfolg verhelfen.

Da stehen wir heute

Vor allem junge Menschen wandern oft aus ländlichen Regionen ab. Mancherorts sterben Dörfer und Kleinstädte förmlich aus – mit negativen Folgen für die öffentliche Daseinsvorsorge.

Seit Jahren gibt es Wanderungsbewegungen in die Städte und Ballungszentren. Viele junge Menschen, die zur Ausbildung oder zum Studium in die Städte gezogen sind, bleiben dort und gründen ihre Familien. Auf dem Land sehen sie weniger geeignete Arbeitsmöglichkeiten und ansprechende Entwicklungsmöglichkeiten für sich und ihre Kinder.

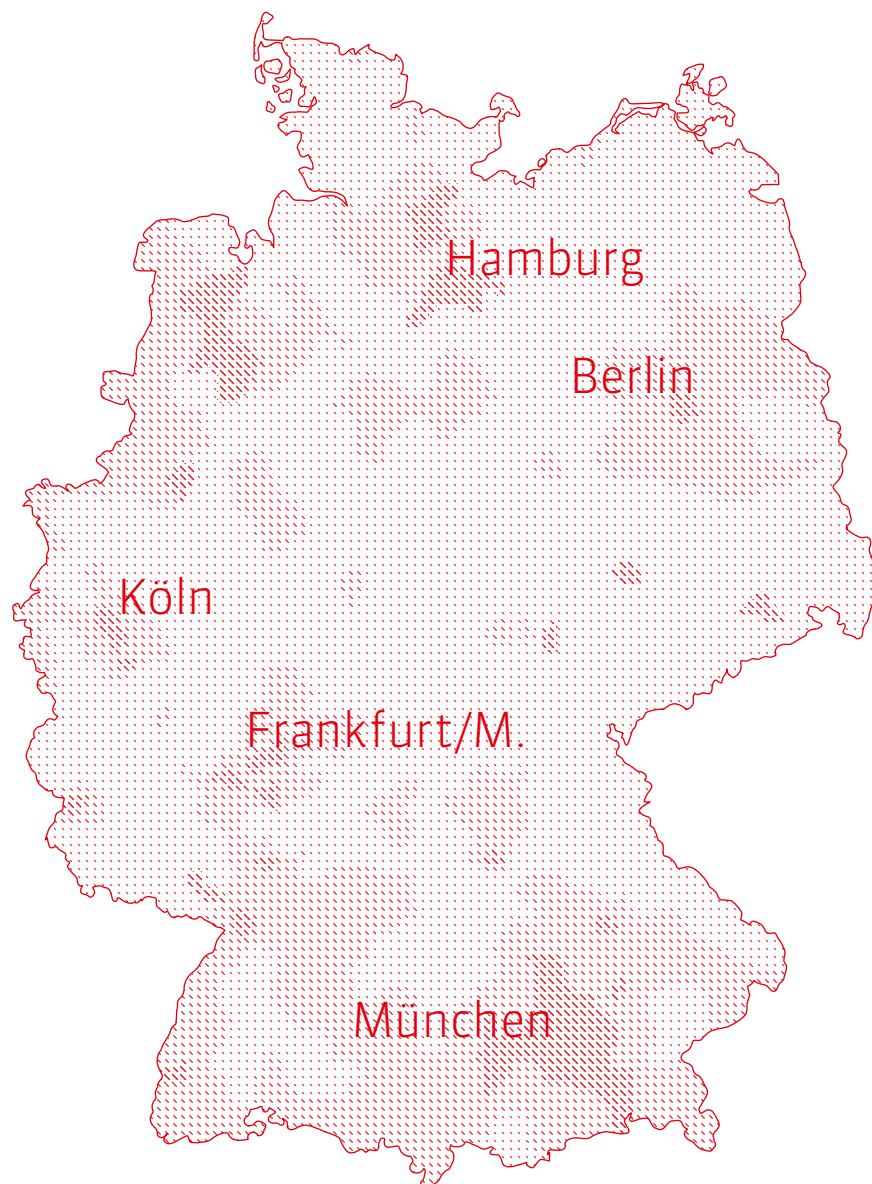
In der Folge stehen boomenden Ballungsräumen Regionen und Stadtteile mit sinkender Bevölkerungszahl und Strukturschwäche gegenüber. Dort geraten Einrichtungen der Daseinsvorsorge unter Finanzierungsdruck. Mancherorts fehlt es bereits heute schon an Einkaufsmöglichkeiten, Ärztinnen und Ärzten sowie Apotheken. Immer weniger Kin-

der besuchen die ländlichen Schulen und Kindertageseinrichtungen. Den Gemeinden fehlt es an Geld, um die verkehrlichen und baulichen Infrastrukturen, Sportstätten sowie soziale und kulturelle Einrichtungen im gewohnten Umfang aufrechtzuerhalten. So kommt eine Abwärtsspirale in Gang, weil zusätzlich die Attraktivität für mögliche Unternehmensansiedlungen verloren geht. Damit verbunden ist eine ungleiche Verteilung von Lebensbedingungen und Lebenschancen.

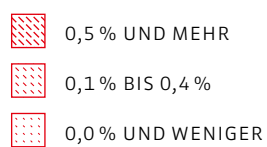
Um die Zukunft der ländlichen Regionen in Deutschland zu sichern und sie auch als Erholungsräume für Menschen aus der Stadt lebenswert und attraktiv zu halten, brauchen wir **#NeuenZusammenhalt**.

Wachsende Städte und schrumpfende Regionen

Bevölkerungsentwicklung 2000 – 2013



Jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung







So wollen wir leben

Allen Menschen steht eine gute und wohnortnahe Versorgung mit öffentlichen Gütern zur Verfügung – von Mobilität über Gesundheit bis hin zu Bildung und Kultur.

#NeuerZusammenhalt macht Deutschland gerechter und solidarischer

Der Staat trägt gesetzlich eine Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Deshalb gewährleisten wir für alle Bürgerinnen und Bürger eine angemessene Versorgung mit öffentlichen Gütern – von der Mobilitätsinfrastruktur über Gesundheit, Bildung und Kultur bis hin zur demokratischen Teilhabe für alle.

#NeuerZusammenhalt macht Deutschland lebenswerter und sicherer

Überall im Land gibt es Orte der Begegnung, und die Grundversorgungseinrichtungen sind für alle gut erreichbar. Auf diese Weise können die Menschen möglichst lange dort leben, wo sie sich zu Hause fühlen. Denn in der gewohnten Umgebung zu wohnen, bedeutet ein großes Stück Lebensqualität. Langjährig gewachsene Nachbarschaften stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

#NeuerZusammenhalt macht Deutschland moderner und innovativer

Durch soziale Innovationen im Verkehrsbereich schaffen wir neue Formen der Mobilität. Der öffentliche Nahverkehr ist reibungslos mit alternativen Mobilitätsangeboten wie beispielsweise Carsharing verzahnt. Seitdem das ganze Land mit ausbaufähigen Glasfasernetzen versorgt ist, eröffnen sich für die Bewohnerinnen und Bewohner ländlicher Regionen neue Teilhabechancen. Und auch Unternehmensansiedlungen sind außerhalb der Metropolen wieder attraktiver geworden.



Das wollen wir tun

Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge, eine gute Nahversorgung und nachhaltige Mobilität sichern sowie die Wirtschaftskraft in ländlichen Regionen stärken.

Deutschlandweit mobil bleiben – auch in ländlichen Regionen

Finanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur sicherstellen: Damit die Städte und Landkreise auch weiterhin eine gute Verkehrsinfrastruktur aufrechterhalten können, werden wir das entsprechende Bundesprogramm, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, dauerhaft fortführen. Das schafft Planungssicherheit für die Kommunen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass diese Mittel nicht nur für den Bau, sondern auch für den Erhalt der Infrastruktur verwendet werden können.

Öffentlichen Nahverkehr durch Bürgerbusse ergänzen: In einigen ländlich geprägten Regionen sind Bürgerbusse unterwegs. Wir haben im Dialogprozess erfahren, dass die gesetzliche Barrierefreiheit ab 2022 für Bürgerbusse das Aus bedeuten kann. Die Busse können durch Umbauten schwerer werden, sodass der geltende Pkw-Führerschein nicht mehr reicht. Oft werden diese Busse von Ehrenamtlichen gefahren, etwa von Seniorinnen oder Senioren im Ruhestand. Eine Pflicht, den Personenbeförderungsschein zu erwerben, würde viele davon abhalten, weiter Bürgerbusse zu fahren. Daher werden wir hier eine Ausnahme bei der Fahrerlaubnis prüfen. Denn wir halten Bürgerbusse für eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr.

Benutzung von Rufbussen und Sammeltaxis erleichtern: Verkehrsunternehmen können seit 2013 über die Regelung zu »flexiblen Bedienformen« ergänzende Verkehrsmittel einsetzen. Allerdings ist die Nutzerfreundlichkeit oft ausbaufähig. Meist wissen nur Einheimische, wo und wann sie von einem Linienbus in einen Rufbus oder in ein Sammeltaxi umsteigen können. Das gilt umso mehr für Fahrgäste mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl. Zudem besteht Unsicherheit bezüglich der Anschlüsse bei Zug- oder Busverspätungen. Daher wollen wir auf Basis digitaler Plattformen die Informationen verbessern, die Anwendung vereinheitlichen und die Bedienung erleichtern.

Einsatz von Taxis in ländlichen Regionen unterstützen: Eine neue Chance wollen wir für Taxis eröffnen. Wir wollen prüfen, ob die bestehende Pflicht, nach Beendigung der Fahrt zum Ausgangsort zurückzukehren, für besonders dünn besiedelte Regionen aufgehoben werden kann. Damit würden Leerfahrten entfallen und die Beförderungspreise attraktiver werden. Ebenso vorstellbar ist, in diesen Regionen auf eine Ortskundeprüfung zu verzichten.

Carsharing integrieren: Dort, wo der öffentliche Nahverkehr nicht mehr ausreichend tragfähig ist, wollen wir neue Formen der Mobilität stärker unterstützen und beispielsweise Carsharing einbeziehen. Die Nutzerinnen und Nutzer sollen Informationen zu Mobilitätsangeboten unterschiedlicher Verkehrsträger aus einer Hand erhalten können. Buchungen und Abrechnungen sollten sie bequem auf ihrem PC zu Hause oder per Smartphone vornehmen können. Dazu wollen wir die Einführung eines verkehrs- und anbieterübergreifenden E-Tickets und einer bundesweiten Mobilitäts-App vortreiben. Ziel muss eine verbesserte Verzahnung des öffentlichen Nahverkehrs mit weiteren flexiblen Angeboten sein.





Daseinsvorsorge sichern und sozialen Zusammenhalt stärken

Nicht jede Einrichtung der Daseinsvorsorge muss vor Ort sein, wenn eine gute Erreichbarkeit gegeben ist. Grundversorgungseinrichtungen sind aber auch Orte der Begegnung. Daher appellieren wir an die Länder, in den regionalen Entwicklungsplänen verbindliche Ausstattungs- und Erreichbarkeitskriterien auszuweisen und auch die Kleinzentren weiter zu unterstützen, statt deren Erhalt der Regionalplanung zu überlassen.

Mobile Angebote und Lieferdienste stärken: Schon heute gibt es Supermärkte oder Bücherbusse auf Rädern. Vorstellbar sind auch mobile Wochenmärkte oder Bankdienstleistungen. In der Uckermark in Branden-

burg fährt eine Zahnärztin zu jenen Menschen, die nicht mehr zu ihr in die Praxis kommen können. Die Deutsche Bahn hat einen »Medibus« entwickelt, den Gemeinden oder Landkreise mieten können. In Rheinland-Pfalz wird zusammen mit dem Fraunhofer-Institut das Projekt »Digitale Dörfer« erprobt. Menschen können per Internet in den Läden der nächsten Stadt Bestellungen aufgeben und freiwillige Helfer bringen die Pakete nach Hause. Wir wollen dort, wo sich Einrichtungen nicht mehr rentieren, neue Organisationsformen ermöglichen und das Zentrale-Orte-Konzept behutsam in diese Richtung fortentwickeln. Wichtig ist, dass die Versorgung sichergestellt wird, unabhängig von der Angebotsform.

Breitbandausbau flächendeckend voranbringen:

Eine wichtige Grundlage für neue Angebotsformen der Daseinsvorsorge und für die Hebung von Wertschöpfungspotenzialen ist eine flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s. Unser Ziel ist es, bis 2025 mehr als 90 Prozent der Haushalte in Deutschland mit den leistungs- und ausbaufähigen Glasfasernetzen zu versorgen. Denn in naher Zukunft werden deutlich höhere Datenvolumen bewegt werden. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die infrastrukturellen Grundlagen für Unternehmensansiedlungen auch in strukturschwachen Regionen vorhanden sind.



Mehrfunktionenhäuser mit mobiler Anbindung

schaffen: In Regionen mit vielen kleinen Gemeinden können durch Mehrfunktionenhäuser attraktive Angebote an Dienstleistungen geschaffen werden, die im jeweiligen Einzugsgebiet gut mit dem öffentlichen Personenverkehr erreichbar sind. Schon heute können Kommunen alte Gebäude mit Mitteln der »Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes« kaufen, sanieren und umbauen. Wir wollen diese Mehrfunktionenhäuser ähnlich wie die Mehrgenerationenhäuser fördern.

Darin könnte eine von der Gemeinde angestellte Ärztin je nach Bedarf an einem oder mehreren Tagen pro Woche Sprechstunden anbieten, oder ein niedergelassener Arzt richtet dort eine Filiale ein. Zudem könnten sich Läden, Physiotherapeutinnen, Apotheken oder Friseure einmieten. Weitere Dienstleistungen wie Finanz-, Post- und Paketdienstleister oder Pflegeberatungen sind denkbar, ebenso Räume für kulturelle Angebote und für Informationsveranstaltungen. In einem Café mit Internetzugang warten Bürgerinnen und Bürger auf den Bus. Wer möchte, kann sich Bus- oder Bahnfahrkarten ausdrucken lassen. Wichtig ist, dass eine mit den Öffnungszeiten konforme Anbindung der umliegenden Gemeinden durch den öffentlichen Personennahverkehr gewährleistet wird.



Regionale Ansprechpartner ausbilden:

Im Dialogprozess haben wir erfahren, dass Regionen auch bei großen Herausforderungen lebendig bleiben, wenn Menschen vor Ort sind, die sich kümmern, die zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern Ideen entwickeln und sie zusammen mit ihnen umsetzen. Daher wollen wir dafür sorgen, dass in den von Strukturwandel und demografischen Veränderungen besonders betroffenen Gegenden regionale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner (RAPs) vorhanden sind.

Die regionalen Ansprechpartner können Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister oder auch engagierte Bürgerinnen und Bürger sein. Sie sollen Auskunft geben können, welche Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie am besten organisiert werden können, damit sie bei zurückgehenden Einwohnerzahlen tragfähig bleiben. Und sie sollen wissen, welche Fördermittel von Bund, Ländern und der Europäischen Union dafür beantragt werden können.

Patenschaften für den Erfahrungsaustausch vermitteln:

Wir wollen die vielen erfolgreichen Modellvorhaben und Pilotprojekte der Bundesministerien bündeln und für alle zugänglich machen, damit die Erfahrungen an andere Städte und Gemeinden weitergereicht werden können. Denn gute wie schlechte Erfahrungen helfen anderen, ihre Herausforderungen anzupacken, und sorgen dafür, dass die Fördermittel möglichst effizient eingesetzt werden. Dazu sollen die RAPs Zugang zu »guten Beispielen« bekommen und Patenschaften vermitteln. So kann das Wissen auf gleicher Augenhöhe zwischen Gemeinden, Landkreisen oder Regionen weitergegeben werden.

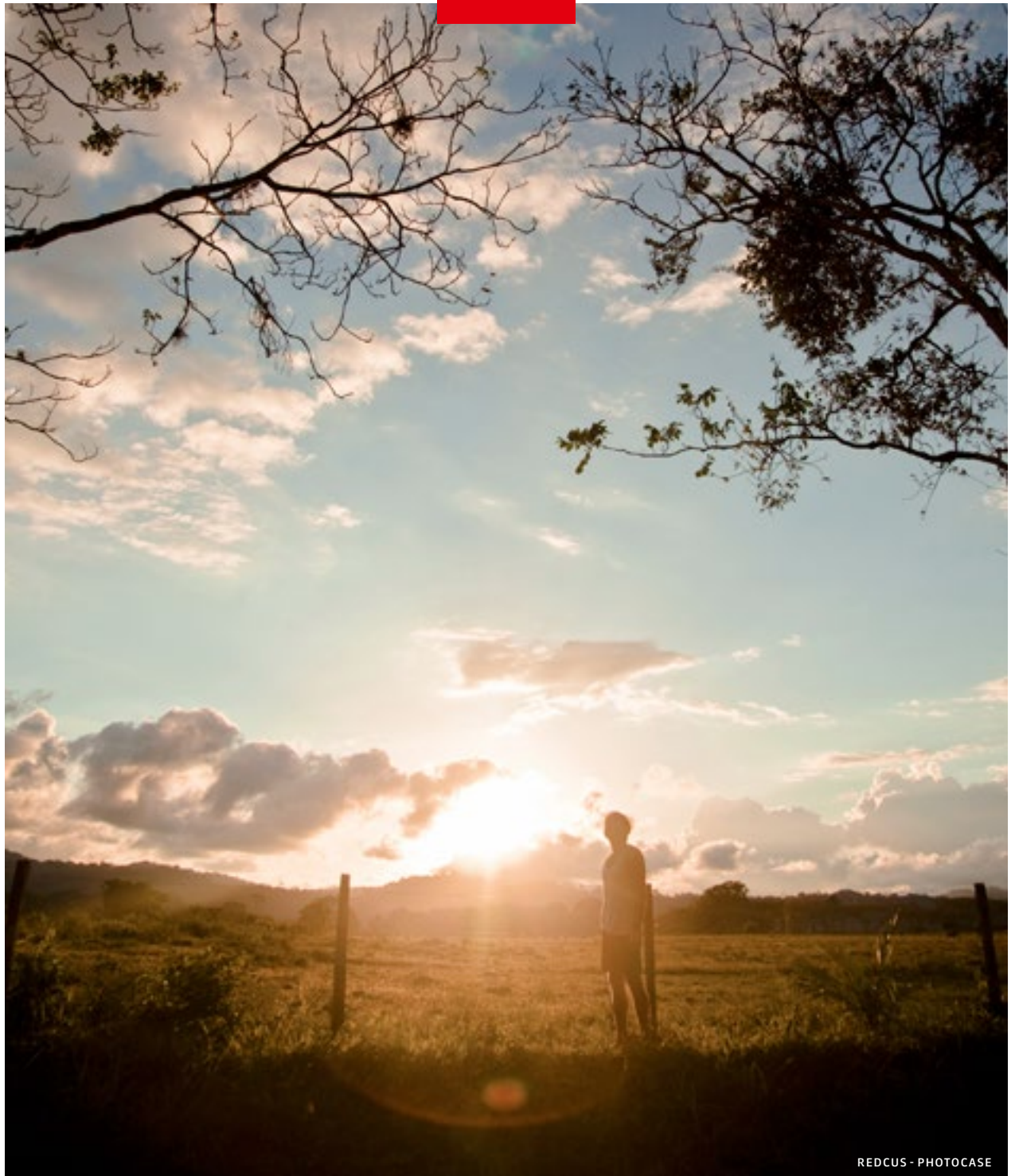
Förderprogramme praxisnah gestalten:

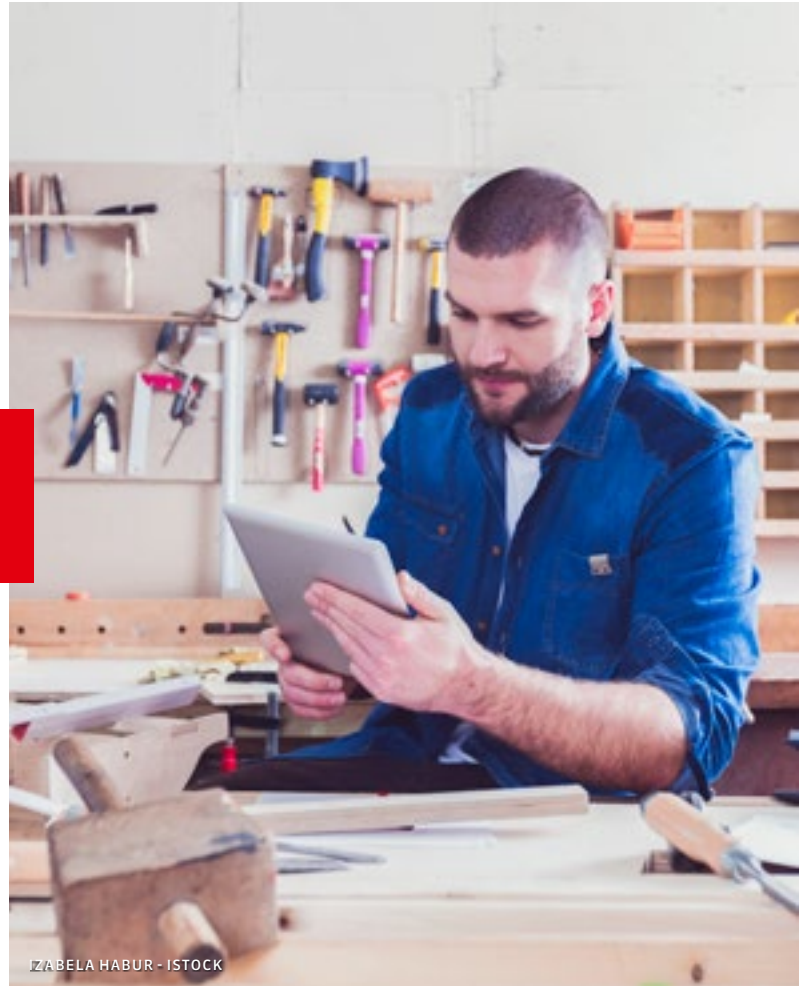
Eine Hürde in den Förderprogrammen ist die Zweckbindung von bewilligten Maßnahmen. Bislang ist es nicht möglich, eine Kita, die mit Fördermitteln saniert wurde, beispielsweise in einen Jugendtreff oder in ein Seniorenheim umzuwandeln. Das wollen wir ändern und Umwidmungen und Umbauten ermöglichen, wenn dadurch die Daseinsvorsorge verbessert wird.

Gemeinnützigkeitsrecht stärken: Bürgerschaftliches Engagement leistet einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Lebensqualität in dünn besiedelten ländlichen Räumen. Im Vergleich zum Engagement in Großstädten hat es dort einen stärkeren Einfluss auf Freizeitgestaltung, soziale Kontakte und kulturelle Vielfalt, weil es darum geht, überhaupt ein solches Angebot zur Verfügung zu stellen. Aber auch Feuerwehr, Katastrophenschutz und das Rettungswesen sind auf Freiwillige angewiesen.

Die Einrichtung einer Bundesengagementstiftung könnte ein Weg sein, auch bereits vorhandene Mittel der Engagementförderung des Bundes künftig mit mehr Planungssicherheit und einer aktiven Einbindung der Zivilgesellschaft in die Entscheidungsprozesse zu verwenden. Denn Ehrenamt braucht Hauptamt und verlässliche Strukturen. Zudem wollen wir die »Lokalen Aktionspläne« als regionale Koordinierungsstellen weiterentwickeln. Und schließlich benötigen wir eine einheitliche Anerkennung des Gemeinnützigkeitsrechts bei den Finanzämtern, um Planungssicherheit zu schaffen und bürgerschaftliches Engagement stärker zu unterstützen.







Lebendige Regionen: Wertschöpfungspotenziale unterstützen

Zu selten siedeln sich große Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen an. Dabei bergen manche Orte gute Wertschöpfungspotenziale. Das können beispielsweise regenerative Energien sein oder alte, brachliegende Kulturgüter.

Bundesprogramme harmonisieren und stärker miteinander verzahnen: Wir haben in Deutschland zur Stärkung der Regionen seit 1969 zwei erfolgreiche Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben, zum einen zur »Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes« und zum anderen zur »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur«. Darüber hinaus gibt es weitere Programme, etwa für kleinere Städte und Gemeinden. Wir wollen die vielfältigen Programme auf Bundesebene noch besser als bisher miteinander verzahnen. Denn durch die Kombination zweier unterschiedlicher Programme können vor Ort Synergieeffekte entstehen. Beispielswei-

se könnte mit Mitteln aus dem Denkmalschutzprogramm ein brachliegendes historisches Gebäude saniert und mit Mitteln der Wirtschaftsförderung die Ansiedlung eines kleinen Unternehmens in dem sanierten Gebäude gefördert werden. Das funktioniert aber nur, wenn das Gebäude derart saniert wird, wie es dem Unternehmenszweck dient. Ohne mehr Geld zu verwenden, schaffen wir dadurch einen selbsttragenden Mehrwert in der jeweiligen Region.

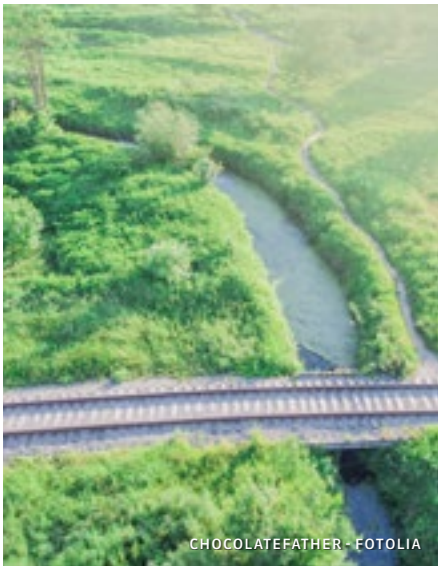
Zudem wollen wir die regulären Wirtschaftsförderprogramme für die strukturschwachen Regionen öffnen. Davon profitieren kleine Unternehmen, wie beispielsweise eine Bäckerin oder ein Möbelschreiner. Wenn wir diese in der breiten Fläche fördern, können sie die Regionen lebendig halten und dafür sorgen, dass auch junge Menschen bleiben, weil sie Zukunftsperspektiven bekommen.

Beauftragter der Bundesregierung für regionale

Entwicklung: Wir wollen nach Auslaufen des Solidarpaktes die Funktion der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer zu einer oder einem Beauftragten für regionale Entwicklung weiterentwickeln. Diese Stelle sollte ihr Hauptaugenmerk auf die Förderung strukturschwacher Regionen richten und dafür sorgen, dass in den betroffenen Gebieten regionale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner (RAPs) ausgebildet werden. Sie sollen – neben der Sicherung der Daseinsvorsorge – vor Ort interessierte Menschen unterstützen und begleiten, wenn sie Unternehmen gründen und dadurch regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze schaffen. Dazu ist das Wissen der Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern sowie privater Beratungsvereine für Existenzgründungen einzubeziehen, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

Antragsstellung erleichtern: Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich für ihre Region oder ihr Dorf, sind aber mit dem Antragswesen überfordert. Wo staatliche Hilfe nicht in Anspruch genommen wird, können die Herausforderungen über die Jahre hinweg zunehmen. Daher wollen wir prüfen, wie wir die Antragsstellung vereinfachen können.

Existenzgründungen unterstützen: Wir wollen die Ausbildung in der Region stärken und Bildungshäuser einrichten. In Probe-Werkstätten könnten Schülerinnen und Schüler sowie andere junge Menschen ihre Talente erproben und für regionale Berufe begeistert werden. Zudem sollte Platz sein für Coworking-Spaces, sogenannte Inkubatoren oder Gemeinschaftswerkstätten. Um Gründungen zu unterstützen, prüfen wir, den Existenzgründerzuschuss wieder zu stärken. Darüber hinaus sollte das Haus Räume für bürgerschaftlich Engagierte und zur Netzworlbildung beherbergen.



CHOCOLATEFATHER - FOTOLIA

***#NeueGerechtigkeit** bedeutet für uns, dass wir uns nicht spalten lassen in starke und schwache Regionen, in reiche Ballungszentren und arme ländliche Räume.*

Positionspapiere

Deutschlandweit mobil – auch in ländlichen Regionen

(Oktober 2016)

Daseinsvorsorge sichern und sozialen Zusammenhalt stärken

(Oktober 2016)

Lebendige Regionen: Wertschöpfungspotenziale unterstützen

(Oktober 2016)

Download unter
www.spdfraktion.de/neuerzusammenhalt

IM DIALOG



Wunsch nach Unterstützung

In der Projektgruppe #NeuerZusammenhalt haben wir uns besonders darüber gefreut, dass wir Rückmeldungen aus allen Teilen Deutschlands erhalten haben, darunter Beiträge von Bürgerinnen und Bürgern, von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landrätinnen und Landräten, von Abgeordneten aus den Landtagen sowie von vielen Akteuren in eigener Sache, von Initiativen, Vereinen, kleinen wie großen Verbänden. Insgesamt haben wir rund 1.700 Antworten und Vorschläge erhalten.

Viele Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern haben sich mit den ganz praktischen Problemen des Alltags beschäftigt. Ältere Menschen haben uns Briefe geschrieben und beklagt, dass es in ihrem Dorf keine geeignete Busverbindung gibt, um zum Einkaufen und zum Friedhof zu gelangen. Diese Schreiben haben wir an die jeweiligen Wahlkreisabgeordneten weitergeleitet, weil es hier um zügige Abhilfe ging. Von mehreren Seiten wurde thematisiert, dass viele Dörfer vom öffentlichen Personennahverkehr abgehängt sind und Läden sowie Arztpraxen schließen. Dadurch sind mobilitätseingeschränkte Menschen darauf angewiesen, dass sie jemand mit zum Einkaufen nimmt oder zur Arztpraxis bringt. Aber auch Jugendliche auf dem Land fühlen sich benachteiligt, weil das Angebot in den Städten weitaus attraktiver, aber mit öffentlichen Verkehrsmitteln für sie kaum mehr erreichbar ist.

Kommunen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in unseren Fachgesprächen haben beklagt, dass es seit Jahren unzählige Modellvorhaben und Pilotprojekte gibt. Als

Alternative schlagen die Fachleute vor, dieses Geld in ein dauerhaftes Förderprogramm zu investieren, das Planungssicherheit gibt und allen Kommunen zugutekommt, die mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben. Das wollen wir in Angriff nehmen.

Manche Einrichtungen sowie insbesondere kleine Unternehmen, wie Bäckereien, erhalten keine Förderung aus den vorhandenen Programmen. Dabei gibt es viele gute Ideen, die wir unterstützen wollen, wenn sie die Region lebendig halten. Wir haben uns auch mit erfolgreichen Projekten beschäftigt und erfahren, dass es immer Initiatoren braucht, die den Anstoß geben, die Versorgung und die Lebensqualität vor Ort zu verbessern. Diese Lücke wollen wir schließen, indem wir die Bundesprogramme harmonisieren und regionale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner ausbilden.

Der »Junge Beirat« der SPD-Bundestagsfraktion hat einen ganz neuen Vorschlag gemacht: die »ABC-Dörfer«: Dort, wo Einrichtungen für einzelne Dörfer nicht finanzierbar sind, sollen sich diese zusammentun. Damit möglichst kein Dorf leer ausgeht, sollte in jedem Dorf wenigstens eine Einrichtung vorhanden sein. Das ist ein guter Vorschlag für eine interkommunale Kooperation. Entscheiden müssen das jedoch die jeweiligen Gemeinden selbst.

»Die Atmosphäre beim Dialogforum war sehr offen und wir konnten die Belange der Frauen und ihrer Familien auf dem Land verdeutlichen. Wir wünschen uns, dass das Diskutierte nun auch in konkrete Maßnahmen mündet.«

Caroline Dangel-Vornbäumen, Deutscher LandFrauenverband e.V.

»Ich hab was zu sagen. Sonst hätte ich die lange Anreise aus Bayern nicht in Kauf genommen. Die Diskussionen waren konstruktiv. Die Vielfalt der anwesenden Verbände war beeindruckend. Das hat sich gelohnt.«

Kurt Bayer, VCD, Landesverband Bayern e.V.

MORGEN GUT LEBEN

NEUE LEBENS- QUALITÄT

*Wir wollen allen Menschen eine gesunde
Lebensführung in einem guten
Wohn- und Lebensumfeld ermöglichen.*

Ein gutes Leben hat viele Seiten. Gesundheit, gutes Wohnen und gute Ernährung sind für uns Schlüssel für eine hohe Lebensqualität. Auch weniger wohlhabende Menschen müssen gesund aufwachsen und leben können. Das beginnt bei gesunden Lebensmitteln, geht über gute Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher und hört bei einem lebenswerten Wohnumfeld noch lange nicht auf.

Wir wollen Gesundheit besser fördern und die Prävention stärken.

Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, sich überall zu gesundheitsförderlichen Lebenswelten zu entwickeln. Damit Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien stärker von den Präventionsangeboten profitieren können, wollen wir die Gesundheits- und Familienpolitik stärker miteinander verknüpfen.

Wir wollen die Agrarförderung auf nachhaltige Landwirtschaft ausrichten und Lebensmittel transparent kennzeichnen.

Landwirtschaftliche Betriebe sollen mehr Unterstützung bekommen, wenn sie umweltschonend produzieren und den Tierschutz maßgeblich beachten. Wir wollen gesunde und nachhaltig produzierte Lebensmittel verlässlich kennzeichnen, um die Wahl beim Einkauf zu erleichtern. Die Ernährungsbildung und eine gesunde Schul- und Kita-Verpflegung wollen wir stärker fördern.

Wir wollen den Zusammenhalt in der Gesellschaft durch eine soziale Quartiersentwicklung festigen.

Gute und vielfältige Nachbarschaften sind das Ziel. Die Bewohnerinnen und Bewohner sollen selbst an der Entwicklung ihres Lebensumfeldes beteiligt werden. Deshalb fördern wir Räume und Personen, die ein Miteinander im Quartier unterstützen, wie z. B. Stadteilzentren oder Quartiersmanager.



Da stehen wir heute

Die Chancen auf gesunde Ernährung und ein gutes Wohnumfeld sind in Deutschland nicht gerecht verteilt. Armut und niedrige Bildung beeinträchtigen Gesundheit und Lebensqualität.

Maßnahmen zur Gesundheitsförderung kommen nicht immer dort an, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Kinder aus benachteiligten Familien benötigen mehr Unterstützung, um gesund aufwachsen zu können. Familien- und Gesundheitspolitik müssen dafür besser miteinander verknüpft werden. Um den Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit aufzubrechen, müssen die Weichen so früh wie möglich gestellt werden.

Über die Grenzen der Politikbereiche hinweg müssen gemeinsame Lösungen gefunden werden, die dafür sorgen, dass alle Menschen in einem gesunden Wohn- und Lebensumfeld leben können und

die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Die Gesundheitsförderung in die Lebenswelten der Menschen zu bringen, ist eine politische Herausforderung für alle Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen. Die Kommunen nehmen hier eine Schlüsselrolle ein. Sie gestalten das Lebensumfeld für ihre Bürgerinnen und Bürger und tragen Verantwortung für Einrichtungen, die den Alltag von Kindern und Erwachsenen bestimmen.

Mehr und mehr Verbraucherinnen und Verbraucher legen Wert auf Tierschutz, den Erhalt der Umwelt oder die regionale Herkunft ihrer Lebensmittel. Immer mehr Menschen lehnen industrialisierte Produktionsmethoden in der Landwirtschaft ab. Von

der derzeitigen Förderpraxis der Agrarpolitik profitieren überwiegend große Betriebe, die kleineren können kaum noch bestehen. Die Wertschätzung für Lebensmittel ist nicht mehr hoch genug – das ist gut ablesbar am Unterbietungswettbewerb der Discounter. Verlierer sind neben der Landwirtschaft und dem Lebensmittelhandwerk zu oft auch der Umwelt- und Tierschutz. Doch es ist zu einfach, nur die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Verantwortung für diese Probleme zu nehmen. Sie können eben nicht allein mit ihrer Kaufentscheidung die Umstände verbessern. Denn nicht immer ist klar zu erkennen, wie ein Lebensmittel produziert wurde und was wirklich drinsteckt.

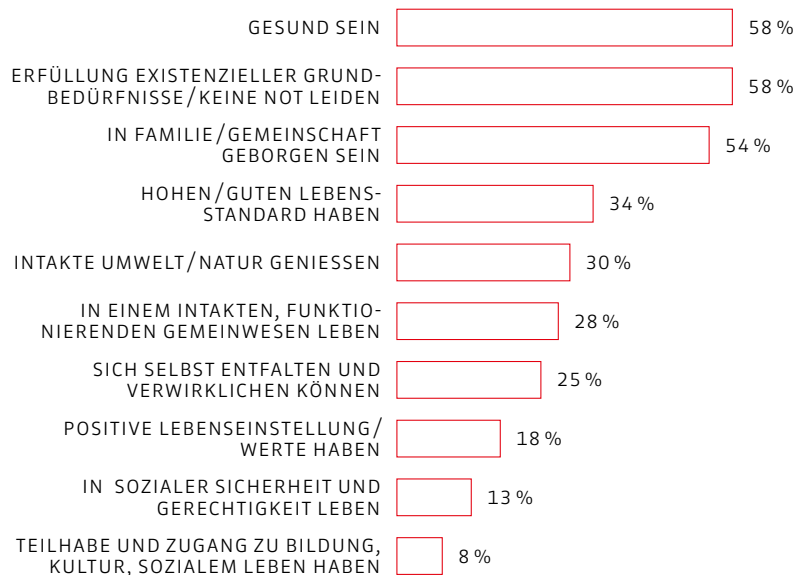
Es ist belegt, dass Menschen mit geringem Einkommen weniger Zugang zu gesunder Ernährung haben. Schulen und Kitas tragen eine besondere Verantwortung bei der Verpflegung von Kindern und der Wissensvermittlung über Ernährung. Gesunde Ernährung für alle ist für uns eine Frage von sozialer Gerechtigkeit.

Das Quartier als Wohn- und direktes Lebensumfeld hat großen Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen, die dort leben. Gute Nachbarschaften im Quartier mit einer guten sozialen und kulturellen Durchmischung bieten die beste

Grundlage für mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft. Sie müssen gepflegt und gefördert werden. Es fehlen oft Räume und öffentliche Plätze, wo soziales Miteinander gelebt werden kann, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die verantwortlich Gemeinschaft und Austausch organisieren. Viele Bewohnerinnen und Bewohner wollen bei Planungen und Umsetzungen zur Ausgestaltung im eigenen Quartier stärker beteiligt werden. In benachteiligten Ortsteilen ist die Lebensqualität oft eingeschränkt, weil sich die Menschen nicht mehr sicher fühlen. Gemeinschaft schafft, dass die Bewohnerinnen und Bewohner sich mit ihrem Stadtteil verbunden fühlen und mehr Verantwortung füreinander übernehmen. Deshalb setzen wir uns ein für **#NeueLebensqualität**.

Das »gute Leben«

Was macht für Sie ein gutes Leben aus?
(Antworten in Prozent der Befragten)







So wollen wir leben

Alle Menschen haben die Chance auf ein gesundes Leben in einem guten Wohnumfeld – unabhängig von Einkommen, Bildung und Wohnort.

**#NeueLebensqualität
macht Deutschland gerechter
und solidarischer**

Gesundheitsförderliche Lebenswelten kommen allen zugute. In einem sozialen Quartier können sich Kinder und Jugendliche gut entfalten und Perspektiven entwickeln. In den Schulen und Kitas leben und lernen alle Kinder und Jugendlichen auch Alltagsfähigkeiten wie gesunde Ernährung und Lebensstile. Eine gute Kita- und Schulverpflegung für alle sorgt für mehr Chancengleichheit und Lebensqualität von Anfang an.

**#NeueLebensqualität
macht Deutschland lebenswerter
und sicherer**

Vielfältige und stabile Nachbarschaften stärken den Zusammenhalt in der Gesellschaft und lassen Integration besser gelingen. Alle Menschen haben die Chance, in einem Wohnumfeld mit hoher Lebensqualität sicher zu leben. Durch gezielte Förderung in den Quartieren entstehen neue Formen von Gemeinschaft im Wohn- und Lebensumfeld.

**#NeueLebensqualität
macht Deutschland moderner
und innovativer**

Eine moderne und zukunftssichere Landwirtschaft stellt den Erhalt unserer Lebensgrundlagen wieder in den Mittelpunkt. Sie arbeitet mit Blick auf den Schutz von Mensch, Umwelt sowie Tieren und ermöglicht der Landwirtschaft ein auskömmliches Dasein. Dafür nimmt sie regionale Kreisläufe stärker in den Fokus. Lebensmittel erfahren wieder die Wertschätzung, die sie verdienen. Moderne Verbraucherinnen und Verbraucher werden in die Lage versetzt, nachhaltige Kaufentscheidungen zu treffen. Sie können sich beim Einkauf auf gut verständliche Lebensmittelskizzen verlassen.

Das wollen wir tun

Politik für eine gute Lebensqualität muss die Menschen in ihrem Alltag erreichen. Wir wollen gerechte Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle.

Gesundheit fördern, Prävention stärken

Gesamtstrategie zur Gesundheitsförderung entwickeln: Gesundheitsförderung in den Lebenswelten der Menschen ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb wollen wir auf Bundesebene eine Gesamtstrategie entwickeln, die viele Politikfelder einbezieht. Bildung, Umwelt, Ernährung und Landwirtschaft sollen genauso beteiligt sein wie die Bereiche Arbeit, Soziales, Städtebau, Verkehr und Integration. Bei allen politischen Entscheidungen soll die Gesundheitsförderung in Zukunft stärker mitgedacht werden.

Präventionsangebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche ausbauen: Wir wollen, dass die Menschen gesunde Lebensstile lernen und leben. Krankheiten sollen am besten gar nicht erst entstehen. Das Präventionsgesetz bietet dafür bereits eine gute Grundlage. Es ist wichtig, dass gesundheitsförderliche Maßnahmen alle Menschen erreichen. Damit Kinder und Jugendliche aus benach-

teiligten Familien stärker von den Präventionsangeboten profitieren können, ist es notwendig, die Politikbereiche Gesundheit und Familie in der Gesetzgebung stärker miteinander zu verknüpfen. Gesundheitsförderung muss alle Kinder so früh wie möglich erreichen, am besten schon vor der Geburt. Das Präventionsgesetz muss deshalb weiterentwickelt werden und die Lebensphase rund um die Geburt stärker berücksichtigen.

Bundesstiftung »Prävention und Gesundheitsforschung« einrichten: Als bundesweites Zentrum soll die Stiftung das gesamte Fachwissen bündeln und als Ansprechpartnerin für Akteure der Gesundheitsförderung aus den Ländern und Kommunen dienen. Ebenso soll sie die Qualität der Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und die Vernetzung der Akteure vor Ort sichern.

Erkenntnisse der Gesundheitsforschung besser nutzen: Wir müssen mehr darüber wissen, welche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung in den Lebenswelten gut und langfristig wirken. In der Bundesforschung soll das Thema deshalb einen größeren Stellenwert erhalten. Der Öffentliche Gesundheitsdienst führt bundesweit Gesundheitsuntersuchungen an Kindern in Schule und Kita durch. Diese Erkenntnisse wollen wir besser nutzen, damit Maßnahmen zur Gesundheitsförderung passgenauer gestaltet werden können. Dafür ist es wichtig, dass die Untersuchungen in allen Bundesländern einheitlich dokumentiert werden. Dafür wollen wir uns einsetzen.



Netzwerke in den Kommunen unterstützen:

Städte, Gemeinden und Landkreise haben eine große Verantwortung für die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Ausgestaltung von Quartieren, Schulen und Kitas liegt in ihrer Hand. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, gesundheitsförderliche Lebenswelten zu schaffen. Dafür fördern wir Initiativen, die alle wichtigen Akteure innerhalb einer Kommune an einen Tisch holen. Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Schulen, Kitas, Wohlfahrtsverbände und Vereine sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger finden im Austausch Lösungen für gesundheitsförderliche Maßnahmen in der eigenen Kommune. Diese Netzwerke wollen wir unterstützen.

Gute Lebensmittel für alle

Agrarförderung auf nachhaltige Landwirtschaft ausrichten:

Wir wollen, dass in Deutschland eine nachhaltige Landwirtschaft zum Standard wird. Agrarfördermittel sollen deshalb vor allem landwirtschaftliche Betriebe unterstützen, die umweltschonend arbeiten und dem Tierschutz einen hohen Stellenwert einräumen. Das wünschen sich auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Der Wandel kann nur gemeinsam mit Landwirtschaft, Handel und Verbraucherinnen und Verbrauchern gelingen. Es geht nicht darum, die Förderung für unsere Landwirtschaft zu kürzen; wir wollen Schritt für Schritt die Förderpraxis umstellen.

Staatliches Tierschutzsiegel entwickeln:

Verbraucherinnen und Verbraucher sollen beim Einkauf von Lebensmitteln schnell erkennen können, wie ein Tier gehalten wurde. Deshalb wollen wir ein staatliches Tierschutzsiegel auf Grundlage der Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes entwickeln. So können die Verbraucher selbst entscheiden, welches Fleisch sie kaufen wollen. Eine landwirtschaftliche Nutztierstrategie für Deutschland soll die Vorgaben für die Tierschutzstandards in der Nutztierhaltung kontinuierlich anheben.



ADDICTIVE STOCK - FOTOLIA

Transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln einführen: Wir wollen, dass beim Lebensmitteleinkauf klar und verlässlich über Produktionsbedingungen und Inhaltstoffe informiert wird. Wir wollen aussagefähige und kontrollierte Kennzeichnungen z. B. zur Nachhaltigkeit von Produktionsprozessen. Dazu wollen wir die bestehenden staatlichen Labels wie das Bio-Siegel oder den Blauen Engel weiterentwickeln. Gesunde Kaufentscheidungen wollen wir mit der Ampelkennzeichnung unterstützen.

Regionalvermarktung von Lebensmitteln stärken: Viele Menschen möchten Lebensmittel regionaler Herkunft kaufen. Das Wirtschaften in regionalen Kreisläufen bietet auch gute Chancen für kleinere landwirtschaftliche Betriebe und das regionale Lebensmittelhandwerk. Das wollen wir mit einem Bundesprogramm »Regionalvermarktung« unterstützen. Nicht überall, wo regional draufsteht, ist auch wirklich Regionales drin. Deshalb wollen wir Klarheit mit einer verlässlichen Herkunftskennzeichnung schaffen, um irreführende Werbung zu vermeiden. Ein Regionalitäts-TÜV soll den Verbraucherinnen und Verbrauchern Hilfestellung geben, wem sie vertrauen können

Gute Kita- und Schulverpflegung sicherstellen, Ernährungs-bildung stärken: Gesunde und nachhaltige Ernährung für alle ist für uns eine Frage von sozialer Gerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns für eine flächendeckend gute Kita- und Schulverpflegung ein. Wir wollen allen Kindern die Chance geben, einen nachhaltigen Lebensstil mit einer gesunden Ernährung von Anfang an zu lernen und zu erleben. Beim Ausbau von Ganztagschulen und Schulsanierungen sollen Schulküchen, Ausgabebereiche und Speisesäle besser mitgeplant werden. Um als Bund mehr Unterstützung für den Umbau und Ausbau von Schulen und Kitas leisten zu können, setzen wir uns für die Abschaffung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich ein.





25AW-PR OTOCASE

Lebenswerte Quartiere schaffen

Soziale Brennpunkte verhindern: Für uns ist die Entwicklung und Förderung lebenswerter Quartiere ein wichtiges Instrument vorausschauender Sozialpolitik. Benachteiligte Quartiere mit schlechter Lebensqualität und geringen Chancen für die Bewohnerinnen und Bewohner dürfen gar nicht erst entstehen. Deshalb müssen Maßnahmen zur Entwicklung sozialer Quartiere wirken, bevor soziale Brennpunkte entstehen.

Quartiersbezogene Netzwerkarbeit unterstützen: Unser Schwerpunkt ist die Entwicklung starker, solidarischer Nachbarschaften. Sie sind Grundlage für mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft. Deshalb unterstützen wir quartiersbezogene Netzwerkarbeit und gestalten öffentlich zugängliche Räume lebenswert und sicher für Begegnung und Austausch. Dafür brauchen wir verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, wie z. B. Quartiersmanagerinnen und -manager, Soziale Dienste und Polizeikontaktbeamte. Eine vorausschauende, langfristig angelegte und quartiersübergreifende polizeiliche Sicherheitskonzeption verhindert Straftaten. Die Bürgerbeteiligung ist für uns Grundvoraussetzung für eine gelungene Quartiersentwicklung.

Gute Ganztagschulen flächendeckend ausbauen: Schulen und Kitas sind wichtige Ankerpunkte im Quartier, die in das gesamte Wohnumfeld wirken. In sozialen Brennpunkten stehen sie vor besonderen Herausforderungen und tragen eine große Verantwortung für die Chancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Wir setzen uns weiterhin für den bundesweiten Ausbau von Ganztagschulen ein. Bildungsorte, an denen sich Menschen den ganzen Tag aufhalten, müssen Orte von hoher Lebensqualität sein. Investitionsprogramme zur Schulsanierung müssen auch die Außengestaltung mitdenken. Quartiere profitieren von der Öffnung von Schulgebäuden, -höfen und -sportstätten ins Wohnumfeld. Die Nutzung über den Schulbetrieb hinaus sowie verbindliche Kooperationen mit außerschulischen Akteuren sollen in Maßnahmen zur Quartiersentwicklung förderwürdig sein.

#NeueGerechtigkeit bedeutet für uns, dass Gesundheit, Wohnen in einem Umfeld mit hoher Lebensqualität sowie eine gesunde und nachhaltige Ernährung nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen.

Positionspapiere

Gesunder Start ins Leben für alle – Gesundheitsförderung ressortübergreifend gestalten
(Oktober 2016)

Gutes Essen, gutes Gewissen für alle
(Oktober 2016)

Gutes Leben beginnt im sozialen Quartier
(November 2016)

Download unter
www.spdfraktion.de/neuelebensqualitaet

IM DIALOG



Nah am Menschen

Gesundheitliche Chancengleichheit, Wohnen und Bauen, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz, moderne Landwirtschaft – all das sind oft diskutierte Themen, weil sie die Lebenswirklichkeit der Menschen unmittelbar berühren. Neu im Projekt #NeueLebensqualität war der Ansatz, die Themen über die Politikfelder hinweg gemeinsam zu betrachten – aus dem Blickwinkel der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir wollten politische Ideen nah an den Menschen entwickeln, deshalb haben wir sie nach ihrer Meinung gefragt. Aus der Bandbreite der Themen traten drei Schwerpunkte hervor, die für ein gutes Leben der Menschen wichtig sind.

Chancengleichheit in der Gesundheit ist ein wichtiges Gerechtigkeits Thema. Die im Dialogprozess eingebundenen Praktiker machten deutlich, dass nur ein ressortübergreifender Ansatz bestehende Ungleichheiten beseitigen kann. Sie mahnten ein Umdenken in der Gesundheitspolitik an. Diese muss viel mehr darauf ausgerichtet sein, dass Krankheiten gar nicht erst entstehen.

Die Agrar- und Ernährungspolitik müssen wir stärker für die Verbraucherinnen und Verbraucher gestalten. Das machten die Stellungnahmen zum Themenbereich Ernährung deutlich. Die Menschen haben genaue Vorstellungen davon, wie Lebensmittel produziert werden sollen. Sie wollen, dass wir po-

litisch mehr Einfluss darauf nehmen, dass die deutsche Landwirtschaft umweltschonend und tiergerecht arbeitet. Sie wollen selbst entscheiden, wie sie sich ernähren, und erwarten faire Bedingungen, die ihnen dabei Orientierung geben.

Das Quartier rückt immer mehr in den Fokus gesellschaftlicher Gestaltungsprozesse. Im Dialogprozess ging es darum, herauszuarbeiten, welche Förderschwerpunkte die besten Wirkungen im Quartier für mehr Chancengleichheit und Teilhabe erzielen. Im Expertenworkshop wurde deutlich, dass Maßnahmen, die das Miteinander im Quartier fördern, besonders wichtig sind. Nicht investive Förderungen, wie z. B. ein Quartiersmanagement, leisten somit einen wichtigen Beitrag und müssen stärker Berücksichtigung finden.

Der »Junge Beirat« engagierte sich zum Thema »Gesundheitliche Chancengleichheit« im Rahmen des Jugendforums Zukunft. Die Ergebnisse flossen in das Dialogpapier ein. Der Blickwinkel der jungen Generation auf das Thema Ernährung und Lebensmittelproduktion war besonders spannend. Wichtige Trends, wie vegane oder vegetarische Ernährung, werden stark von jungen Menschen geprägt. Sie vertreten eine klare Haltung zu Missständen in der Nutztierhaltung. Hier wird sehr deutlich, dass wir die Agrar- und Ernährungspolitik schnell an die gesellschaftliche Entwicklung anpassen müssen und ihr nicht hinterherlaufen dürfen.

»Das Präventionsgesetz war ein wichtiger Anfang. Nun müssen die Weichen richtig gestellt werden, um dem Ziel gesundheitlicher Chancengleichheit näherzukommen. Für den Bereich der Kindergesundheit ist es so wichtig, dass die Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Bildung und Gesundheitswesen weiter verbessert wird. Im Projekt #NeueLebensqualität wurden dafür die richtigen Fragen aufgeworfen und gute Handlungsansätze gefunden. Das ist der richtige Weg.«

Prof. Dr. Raimund Geene, Professor für Kindergesundheit an der Hochschule Magdeburg-Stendal

»Wir müssen zu einer Landnutzung kommen, die dem Prinzip der Nachhaltigkeit gerecht wird. Die Landwirtschaft muss viel stärker sozial und umweltgerecht ausgerichtet sein.«

Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)

Neue Gerechtigkeit

Wie es weitergeht

In unserem »Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit« haben wir für sechs Politikfelder Konzepte und Handlungsempfehlungen erarbeitet:

- Wir haben uns darüber verständigt, wie wir mehr Bildungsgerechtigkeit herstellen wollen.
- Wir haben Ideen für eine neue Zeitpolitik und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Engagement und Familie entwickelt.
- Wir haben unsere Ziele und Absichten in der Innovationspolitik benannt.
- Wir haben ein Bild von Deutschlands Zukunft als Einwanderungsland entworfen.
- Wir haben uns damit beschäftigt, wie wir überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen können.
- Und wir haben definiert, was eine hohe Lebensqualität ausmacht und wie sie sich erreichen lässt.

Zu allen sechs Arbeitsfeldern liegen nun präzise Handlungsvorschläge vor. Diese wollen wir umsetzen. An einer zentralen Stelle ist uns dies bereits gelungen: Während der Verhandlungen zur Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und

Ländern haben wir es geschafft, das Kooperationsverbot im Bereich der Schulpolitik aufzubrechen. Damit kann der Bund endlich in gute Schulen investieren. Bislang war ihm eine solche Kooperation mit den Ländern im Schulbereich untersagt. Die Überwindung des Kooperationsverbots war ein zentrales Anliegen gleich mehrerer unserer Projektgruppen. Schließlich sind moderne und gut ausgestattete Schulen entscheidend für gerechte Bildungschancen, Integrationserfolge und zukünftiges Innovationspotenzial in Deutschland.

Für uns ist dieser erfreuliche Erfolg nur der Anfang. Wir werden in der verbleibenden Legislaturperiode auf unseren Koalitionspartner mit weiteren konkreten Umsetzungsvorschlägen zugehen. Denn möglichst viele Ideen möchten wir noch in dieser Wahlperiode verwirklichen. Dazu gehört etwa auch unser Konzept für ein Einwanderungsgesetz.

Nicht überall wird uns eine Umsetzung in dieser Legislaturperiode gelingen. Deshalb ist klar: Die erarbeiteten Konzepte bleiben Richtschnur unserer parlamentarischen Arbeit auch in den kommenden Jahren. Denn wir wollen durch eine weit-sichtige, kontinuierliche Arbeit dafür sorgen, dass Deutschland ein gerechtes und zukunftsfähiges Land bleibt. Genau das ist das Ziel des »Projekts Zukunft – #NeueGerechtigkeit«.

Projekte und Verantwortliche

#NeueZeiten

Projektverantwortliche:

Dr. Martin Rosemann, Ulrike Bahr

Stv. Fraktionsvorsitzende:

Prof. Dr. Karl Lauterbach, Dr. Carola Reimann

#NeueChancen

Projektverantwortliche:

Oliver Kaczmarek, Dr. Daniela De Ridder

Stv. Fraktionsvorsitzende:

Hubertus Heil, Dr. Carola Reimann

#NeuesMiteinander

Projektverantwortliche:

Dr. Karamba Diaby, Dr. Matthias Bartke

Stv. Fraktionsvorsitzende:

Dr. Eva Högl, Axel Schäfer

#NeueErfolge

Projektverantwortliche:

Sabine Poschmann, Dirk Wiese

Stv. Fraktionsvorsitzende:

Sören Bartol, Hubertus Heil

#NeuerZusammenhalt

Projektverantwortliche:

Dr. Jens Zimmermann, Svenja Stadler

Stv. Fraktionsvorsitzende:

Sören Bartol, Carsten Schneider

#NeueLebensqualität

Projektverantwortliche:

Marina Kermer, Carsten Träger

Stv. Fraktionsvorsitzende:

Prof. Dr. Karl Lauterbach, Ute Vogt

Junger Beirat

Frederik Digulla, Franziska Frische, Ksenija Gumenik, Malte Haring, Marie Kölle, Karan Kumar, Simon Losekam, Aaron Möller, Nadine Ochmann, Marius Pospischil, Luis Probst, Lisa Reinheimer, Edip Seren Uzun, Benjamin Weiser, Marie-Louise Wolter

Impressum

Herausgeberin

SPD-Bundestagsfraktion
Petra Ernstberger, MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz der Republik, 11011 Berlin

Herstellung

Öffentlichkeitsarbeit, SPD-Bundestagsfraktion

Text & Redaktion

Referentinnen und Referenten »Projekt Zukunft«, Öffentlichkeitsarbeit, Planungsgruppe

Erschienen

November 2016

Gestaltung & Satz

knisterwerk.com

Alle abgebildeten Personen stehen nur für Informationszwecke zur Verfügung.

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.



